

# SÜD/SÜD-BEZIEHUNGEN UND KOLLEKTIVE „SELF-RELIANCE“

VOLKER MATTHIES

## 1. Nord/Süd-Beziehungen, Süd/Süd-Beziehungen, „Neue Weltwirtschaftsordnung“ und kollektive „Self-Reliance“

Der im Jahre 1974 einsetzende Streit um die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (6. UN-Sondergeneralversammlung) und die großen internationalen Konferenzen der letzten Jahre (z. B. „Nord/Süd-Dialog“ in Paris, UNCTAD IV in Nairobi, 5. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Colombo) signalisierten unverkennbar eine neue Rolle der Länder der Dritten Welt in den internationalen Beziehungen<sup>1</sup>. Waren diese Länder lange Jahre hindurch eher passive Objekte als aktive Subjekte dieser Beziehungen gewesen, so forderten sie nun vor dem Hintergrund ihrer erstmals mit Erfolg erprobten Wirtschaftsmacht (Ölpreiserhöhungen und Ölboykott im Zusammenhang mit dem 4. Nahostkrieg) mit gewachsenem politischen Selbstbewußtsein und gestärkter Solidarität von den (westlich-kapitalistischen) Industrieländern ein ihre Interessen besser berücksichtigendes Weltwirtschaftssystem. Zugleich propagierten sie eine verstärkte politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit der afro-asiatischen und lateinamerikanischen Gesellschaften untereinander, um auf diese Weise ihre Verhandlungsmacht gegenüber den Industrieländern erhöhen und die in ihren Augen weithin unbefriedigenden Nord/Süd-Beziehungen zumindest graduell abbauen und ausgleichen zu können. Langjähriger Unmut der Entwicklungsländer über die anhaltende und sich vielfach weiter verschlimmernde sozio-ökonomische Unterentwicklung ihrer Gesellschaften, die mageren Ergebnisse konventioneller „Entwicklungshilfe“, über die kolonial tradierten, asymmetrisch zu ihren Ungunsten strukturierten Austauschbeziehungen mit den Industrieländern, Enttäuschung über die UN-Entwicklungsdekaden sowie nicht zuletzt der Wille, ihre bereits erworbene politisch-völkerrechtliche Unabhängigkeit durch eine „ökonomische Dekolonisation“ zu komplettieren, lagen dabei diesen Forderungen zugrunde<sup>2</sup>.

Die wichtigsten konzeptionell-strategischen und politisch-organisatorischen Vorbereitungen im Hinblick auf das Begehren nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung und verstärkten Selbsthilfe-Bestrebungen der Entwicklungsländer wurden innerhalb der Bewegung der Blockfreien und in der „Gruppe der 77“ im Rahmen der UNCTAD getroffen. Die Blockfreienbewegung, entstanden im Kontext des Ost-West-Konflikts und der Dekolonisationsproblematik, entwickelte nach dem langjährigen Vorherrschen einer „politischen Perspektive“ in den siebziger Jahren zunehmend eine „ökonomische Perspektive“ (3. Gipfelkonferenz in Lusaka 1970 und vor allem 4. Gipfelkonferenz in Algier 1973), wandelte sich in wachsendem Maße von einer anfänglich begrenzten afro-asiatischen Staatengruppierung (unter Ein-

1 Vgl. z. B. Benno Engels, Khushi M. Khan und Volker Matthies, Weltwirtschaftsordnung am Wendepunkt: Konflikt oder Kooperation? München 1975 sowie Volker Matthies, Der Streit um die Neuordnung der Weltwirtschaft, Opladen 1978 (i. V.).

2 Vgl. Karl P. Sauvant, Toward the New International Economic Order, in: Karl P. Sauvant und Hajo Hasenpflug (eds.), The New International Economic Order: Confrontation or Cooperation between North and South? Boulder, Col. 1977, S. 3–19.

schluß der zunächst in der Bewegung nicht vertretenen lateinamerikanischen Mitgliedsländer der Gruppe der 77) zu einer umfassenden Dritte-Welt-Bewegung und formierte sich zu einer internationalen ökonomischen Interessengruppe der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern<sup>3</sup>. Im Zuge dieser politischen Veränderungen wurde nicht nur die Verhandlungsmacht der Dritten Welt gestärkt, sondern unterzogen deren Politiker und Entwicklungsforscher auch die ihnen seit Jahren von den Industriestaaten angebotenen (meist eurozentrischen und einseitig auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichteten) Entwicklungsstrategien einer z. T. vehementen Kritik.

Als alternative, originäre Entwicklungsstrategie der unterentwickelten Länder wurde dabei (erstmalig auf der 3. Gipfelkonferenz in Lusaka 1970) das Konzept der (individuellen und kollektiven) Self-Reliance in die Blockfreienbewegung eingebracht, das sich auf die eigenständigen (und nicht fremdbestimmten) Bedürfnisse, Fähigkeiten und Ressourcen der Gesellschaften Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gründen sollte. Auf späteren Konferenzen der Dritten Welt weiter ausgearbeitet<sup>4</sup>, sah dieses Konzept in seiner kollektiven Dimension auf kurzfristige Sicht ein solidarisches und koordiniertes politisches Auftreten der Entwicklungsländer in den Verhandlungen mit den Industrieländern über eine Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen vor. Auf längerfristige Sicht beinhaltete das Konzept der kollektiven Self-Reliance den systematischen Aufbau von interdependenten und symmetrischen politischen, wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Strukturen und Austauschbeziehungen zwischen Entwicklungsländern (also Gesellschaften mit annähernd gleichem oder ähnlichem Entwicklungsniveau), der die dependenten und asymmetrischen Strukturen und Beziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern (also Gesellschaften mit krass unterschiedlichem Entwicklungsniveau), graduell abbauen und ausgleichen sollte.

Diese politischen Geschehnisse und programmatischen Erörterungen haben neuerdings den Blick sowohl der Politik als auch der Wissenschaft auf die Ebene der Süd/Süd-Beziehungen und kollektiven Selbsthilfe-Bestrebungen der Dritten Welt (also auf die Ebene der Beziehungen der Entwicklungsländer untereinander) gelenkt, die aller Voraussicht nach in den kommenden Jahren gegenüber den bisher übermächtigen Nord/Süd-Beziehungen zumindest an relativer Bedeutung gewinnen und die Komplexität der internationalen Beziehungen weiter erhöhen wird. Zugleich werden dabei die Nord/Süd- und Süd/Süd-Beziehungen vermutlich noch mehr als bisher schon als eng miteinander verknüpfte und sich wechselseitig beeinflussende Handlungsebenen und Bezugssysteme zu betrachten sein.

Die bisher übermächtigen Nord/Süd-Beziehungen können wohl auch als der wesentliche Grund dafür angesehen werden, daß sich erst seit wenigen Jahren Entwicklungsforscher aus armen und reichen Ländern mit den Süd/Süd-Beziehungen<sup>5</sup> befassen und sich um eine systematische Diskussion der Möglichkeiten und

3 Vgl. hierzu die vorzügliche Analyse von Odette Jankowitsch und Karl P. Sauvant, *The Evolution of the Non-Aligned Movement into a Pressure Group for the Establishment of the New International Economic Order*, paper presented at the Seventeenth Annual Convention of the International Studies Association, Toronto, February 1976.

4 Vgl. hierzu die Dokumentation von Khushi M. Khan und Volker Matthies, *Collective Self-Reliance: Programme und Perspektiven der Dritten Welt*, München 1978 (i. V.).

5 Zur allgemeinen Problematik siehe H. Jon Rosenbaum und William G. Tyler, *South-South relations: the economic and political content of interactions among developing countries*, in: *International Organization*, vol. 29 no 1, 1975, S. 243—274; zu mehr kontinentalen Aspekten siehe die Sonderausgabe der Vierteljahresberichte (des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung) über „Latin America and the Third World“, Nr. 68, Juni 1977 und darin bes. den Beitrag von Manfred Nitsch, *Latin America in the Third World*, S. 91—105 sowie Volker Matthies, *Süd/Süd-Beziehungen: die Position Afrikas*, in: *Afrika Spectrum*, H. 2, 1977, S. 185—202.

Grenzen einer Entwicklungsstrategie kollektiver Self-Reliance bemühen<sup>6</sup>. Dabei ist die Forschung bislang allerdings kaum über erste, tastende Versuche zu einer empirischen Erfassung und Problematisierung von Süd/Süd-Beziehungen und kollektiver Self-Reliance hinausgelangt. Zugleich blieben auch die Grundkonzepte der „Süd/Süd-Beziehungen“ und der kollektiven „Self-Reliance“ in ihrem Bedeutungsinhalt und politischem Stellenwert bisher ebenso unscharf wie auch noch keine Einigung bezüglich prioritärer Forschungsfelder erzielt werden konnte.

### 1.1. Zum Konzept der Süd/Süd-Beziehungen

Der Begriff der Süd/Süd-Beziehungen wird in der Regel als ein Kontrastbegriff zu dem Begriff der Nord/Süd-Beziehungen verwendet. In einem formal-deskriptiven Sinne verstanden, eignet er sich zur Beschreibung sämtlicher gouvernementaler, zwischenstaatlicher und gesellschaftlicher, transnationaler Beziehungen, Strukturen und Interaktionen diplomatisch-politischer, ökonomischer, militärischer und soziokultureller Art, die zwischen (nach formal-technischen Kriterien definierten) Entwicklungsländern und -gesellschaften auf subregionaler, regionaler/kontinentaler und zwischenregionaler/transkontinentaler Ebene in bi- oder multilateraler Form bestehen und stattfinden.<sup>7</sup> Weitgehend unbekannt und ungeklärt blieben bisher allerdings die Quantität (bzw. empirische Substanz) von Süd/Süd-Beziehungen und die Qualität dieser Beziehungen (Symmetrie oder Asymmetrie, Kooperation oder Konflikt?) sowie das Verhältnis von Nord/Süd- und Süd/Süd-Beziehungen.

### 1.2. Zum Konzept der kollektiven Self-Reliance

Im Gegensatz zu dem eher formal-deskriptiven Konzept der Süd/Süd-Beziehungen hat das Konzept der kollektiven Self-Reliance einen eher normativen, programmatisch-postulatorischen Bedeutungsinhalt. Im Unterschied zu den Süd/Süd-Beziehungen, die ja zumindest ansatzweise real existieren und analytisch faßbar sind, gibt es eine kollektive Self-Reliance der Entwicklungsländer in der sozialen Wirklichkeit bisher nicht, sondern allenfalls in wissenschaftlichen Theorien, politischen Programmatiken und praxeologischen Handlungsanweisungen. Wenngleich es auch eine deutliche Unterschätzung ist, das Konzept der kollektiven Self-Reliance nur

6 Siehe hierzu Surenda J. Patel, *Collective Self-Reliance of Developing Countries*, in: *Journal of Modern African Studies*, vol. 13, no. 4, 1975, S. 569–583; Enrique Oteiza und Francisco Sercovich, *Collective self-reliance: selected issues*, in: *International Social Science Journal*, vol. XXVIII, no. 4, 1976, S. 664–671 (= revised portion of a paper also presented at a Third World Forum Seminar on Collective Self-reliance, Lima, February 1976); Enrique Oteiza, *An Annotated Agenda for the discussion on Collective Self-Reliance*, in: *Liaison Bulletin der OECD*, No. 1, 1977, S. 61–67; Jacques de Bandt, *National and Collective Self-Reliance*, in: *Liaison Bulletin der OECD*, No. 1, 1977, S. 52–60; Jagdish C. Saigal, *Emerging New International Division of Labour and Economic Liberation of the Third World*, in: *Marga*, vol. 3, no. 3, 1976, S. 55–74; Johan Galtung, *Self-Reliance: Concept, Practice and Rationale*, Papers no. 35, Chair in Conflict and Peace Research, University of Oslo, o. J.; Ashok Parthasarathi, *The Role of Self-Reliance in Alternative Strategies for Development*, in: *World Development*, vol. 5, no. 3, 1977, S. 257–265 (= report of the 24th Pugwash Symposium held at Dar-es-Salaam, Tanzania, between 2 and 6 June 1975); siehe auch den Bericht des Symposiums selbst: (W. K. Chagula et alia [eds.], *Pugwash on Self-Reliance*, New Delhi 1977); Dieter Senghaas, *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation*, Frankfurt/Main 1977; *The Dag Hammarskjöld Report on Development and International Cooperation*, in: *Development Dialogue* (Stockholm), Nr. 1/2, 1975 (dtsh.: Was tun? Neue Entwicklungspolitik 2/3 1975 [Wien] sowie in Auszügen auch in: *Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis* 3/4, Frankfurt/Main 1976/77) (sowie UNCTAD, *Report Series No. 1: Long-Term Problems of the World Economy and their implications for the developing countries*, November 1976, S. 16 ff.).

7 Vgl. zu dieser Definition H. J. Rosenbaum und W. G. Tyler, *South-South relations . . .*, a. a. O., S. 245.

als ein „Schlagwort“<sup>8</sup> zu bezeichnen, so kann es andererseits doch auch noch nicht als eine „clearcut alternative“<sup>9</sup> zu den bisherigen Entwicklungsstrategien propagiert werden. Im Sinne einer auf Implementierung drängenden alternativen Entwicklungsstrategie zielt das Konzept der kollektiven Self-Reliance darauf ab, die bestehenden Süd/Süd-Beziehungen quantitativ und qualitativ dergestalt zu intensivieren und zu formen, daß es den Entwicklungsländern möglich wird, sich aus der Abhängigkeit von den Industrieländern zu lösen und ihre Eigenkräfte auf die gemeinsam zu bewerkstelligende Überwindung von Unterentwicklung zu konzentrieren. Unter dieser Zielsetzung erweist sich kollektive Self-Reliance als ein stark dynamisches Konzept, das eher auf die künftigen Möglichkeiten einer quantitativen und qualitativen Neugestaltung der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern (vielleicht im Sinne einer konkreten Utopie) hindeutet als daß es bereits einen faktisch gegebenen Zustand von Süd/Süd-Beziehungen bezeichnet. In der bisherigen Diskussion um die Möglichkeiten und Grenzen einer Entwicklungsstrategie kollektiver Self-Reliance lassen sich insbesondere drei Problemkomplexe erkennen, die im folgenden etwas ausführlicher umrissen werden sollen: das Verhältnis von individueller und kollektiver Self-Reliance, die Programmatik und Aktionsbereiche von kollektiver Self-Reliance sowie die Vereinbarkeit von kollektiver Self-Reliance und Neuer Weltwirtschaftsordnung.

### 1.21 Zum Verhältnis von individueller und kollektiver Self-Reliance

Nach Johan Galtung stellt das Konzept der (individuellen) Self-Reliance eine zugleich psycho-politische und sozio-ökonomische Kategorie dar, die in der kritischen Auseinandersetzung mit den gängigen (westlich-kapitalistischen, meist Dependenz und Unterentwicklung befördernden) Entwicklungsstrategien erarbeitet wurde<sup>10</sup>. Self-Reliance gilt gewissermaßen als eine radikale Alternative insbesondere zu solchen Entwicklungskonzepten, die durch einen nicht näher qualifizierten Begriff wirtschaftlichen Wachstums geprägt sind. Demgegenüber hebt Self-Reliance auf einen gänzlich anders gearteten Begriff von Entwicklung ab: auf die prioritäre Befriedigung von menschlichen Grundbedürfnissen und damit auf die Entwicklung von Menschen und nicht von Dingen. Self-Reliance impliziert daher auch notwendigerweise eine grundlegende Umorientierung und Konzentration der Wirtschafts- und Industrialisierungspolitik von Entwicklungsgesellschaften (fort von dem Weltmarkt hin) auf den Binnenmarkt sowie eine Massenmobilisierung der Bevölkerung und deren Teilhabe an dem Entwicklungsprozeß und den politischen Entscheidungen auf der Dorf-, Distrikts-, Provinz- und gesamtgesellschaftlichen Ebene. Self-Reliance soll den Entwicklungsgesellschaften auf der Grundlage einer eigenständigen psychisch-kulturellen Identität, eines autonomen politischen Entscheidungsapparates und einer Nutzung von eigenständigen Ressourcen und Fähigkeiten eine den Bedürfnissen und Gegebenheiten angepaßte sozio-ökonomische Existenz ermöglichen. Allerdings ist Self-Reliance dabei nicht mit Autarkie oder ökonomischem Nationalismus gleichzusetzen.

<sup>8</sup> Vgl. Alfons Lemper, *Collective Self-Reliance — eine erfolgversprechende Entwicklungsstrategie?* in: Mitteilungen des Verbundes Stiftung Deutsches Übersee-Institut, IV. Quartal, Hamburg 1976, S. 63.

<sup>9</sup> Vgl. Enrique Oteiza und Francisco Sercovich, *Collective self-reliance* . . . , a. a. O., S. 665.

<sup>10</sup> Vgl. zum folgenden Johan Galtung, *Self-Reliance: Concept, Practice and Rationale*, a. a. O. sowie Ashok Parthasarathi, *The Role of Self-Reliance in Alternative Strategies for Development*, a. a. O.

Self-Reliance wendet sich auch konsequent gegen alle Formen von Abhängigkeit, Fremdbestimmung, Herrschaft und Ausbeutung und läßt sich daher ohne eine Veränderung gegenwärtiger internationaler und nationaler gesellschaftlicher Strukturen und Beziehungen nicht verwirklichen. Bezüglich des internationalen Rahmens wird dabei davon ausgegangen, daß ohne eine zumindest zeitweilig und in gewissem Ausmaß erfolgende Herauslösung der Entwicklungsländer aus dem weltwirtschaftlichen Zusammenhang die Realisierung von Self-Reliance kaum möglich sein würde. Schärfere Konturen nimmt das Konzept der Self-Reliance unter Verarbeitung konkret-historischer Erfahrungen (z. B. VR China, Tanzania) neuerdings etwa in der Theorie/Strategie „autozentrierter Entwicklung“ (Senghaas) oder der vom Dag-Hammar skjöld-Bericht propagierten „andersartigen Entwicklung“ an.

Kollektive Self-Reliance gilt nun als eine konsequente, logische und komplementäre Anwendung des Prinzips der Self-Reliance über einzelne Gesellschaften hinaus auf Gruppen bzw. die Gesamtheit von Entwicklungsgesellschaften. Dabei soll kollektive Self-Reliance Prozesse individueller Self-Reliance gegenüber auswärtigen Bedrohungen etwa von seiten der multinationalen Konzerne und Industrieländer absichern. Kollektive Self-Reliance dient zu diesem Zwecke der Stärkung der Verhandlungsmacht von Entwicklungsländern. In Fällen, wo aufgrund von „Sachzwängen“ (z. B. „balkanisierte“ staatliche Strukturen, zu geringe Bevölkerungszahl, zu enger Binnenmarkt, schlechte Ressourcenausstattung, unzureichende Diversifizierung der Produktionsstruktur) eine Strategie individueller Self-Reliance kaum realisierbar erscheint, soll kollektive Self-Reliance eben auch derart benachteiligten Einzelgesellschaften durch gemeinsame Anstrengungen mehrerer Länder eine Anwendung des Prinzips der Self-Reliance ermöglichen<sup>11</sup>. Insbesondere verweist auch das dem Konzept der Self-Reliance immanente Postulat einer Herauslösung der Entwicklungsländer — Ökonomien aus dem weltwirtschaftlichen Zusammenhang auf die Notwendigkeit einer kollektiven Self-Reliance: Wird der vertikale Handel zwischen Entwicklungs- und Industrieländern abgebaut, so muß dafür ein Ausgleich geschaffen werden durch verstärkte horizontale Handelsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern. So besteht beispielsweise für Dieter Senghaas kein Zweifel, „daß eine autozentrierte Entwicklung einzelner Ökonomien langfristig nur durch ihre wechselseitige Rückkoppelung in subregionalen, regionalen und kontinentalen Wirtschaftsräumen erfolgreich sein kann, und daß nur von derart großräumigen Strukturgefügen aus die heute bestehende krasse Asymmetrie zwischen Metropolen und Peripherien reduziert, ja die Metropolen-Peripherien-Beziehung als solche aufgelöst werden kann“<sup>12</sup>.

Dabei wird jedoch nachdrücklich betont, daß der kollektiven Self-Reliance in Relation zu der individuellen Self-Reliance eine eher nachgeordnete und subsidiäre Bedeutung zukommt. Vorrang hat ganz eindeutig die individuelle Self-Reliance, die möglichst erst nach einer Phase der Konsolidierung (und nicht in einem zu frühen Entwicklungsstadium wegen der Gefahr neuer Abhängigkeiten!) an die kollektive Self-Reliance gekoppelt werden sollte. Auf gar keinen Fall aber darf kollektive Self-Reliance zu einem Ersatz für individuelle Self-Reliance werden!

11 Vgl. z. B. Enrique Oteiza und Francisco Sercovich, *Collective self-reliance . . .*, a. a. O., S. 66 f. und Jagdish Saigal, *Emerging New . . .*, a. a. O., S. 65 f.

12 Vgl. Dieter Senghaas, *Weltwirtschaftsordnung . . .*, a. a. O., S. 283.



## 1.22 Zur Programmatik und den Aktionsbereichen von kollektiver Self-Reliance

Hier besteht weitgehender Konsens, daß kollektive Self-Reliance eine massive Zunahme horizontaler Handelsströme, Kapital- und Technologietransaktionen zwischen Entwicklungsländern beinhalten müßte, ebenso eine weitere Horizontalisierung im Bereich der Infrastruktur, der Kommunikation und Information sowie der Dienstleistungssysteme (gemeinsame Nachrichtenagenturen, Schifffahrtslinien, Versicherungsgesellschaften, horizontale Verkehrserschließung zu Land, Wasser und Luft etc.) auf subregionaler, regionaler und kontinentaler Ebene. Darüber hinaus erfordert kollektive Self-Reliance auf der Grundlage einer neuen, horizontalen Arbeitsteilung auch den Aufbau einer gemeinsamen Ressourcenpolitik sowie koordinierten Planungs- und Industrialisierungspolitik. Unklar bleibt dabei allerdings, wo die Prioritäten liegen, welche Projekte als relativ leicht realisierbar gelten und auf welche Weise die Kooperation zwischen Entwicklungsländern organisiert und institutionalisiert werden müßte. Übereinstimmung besteht immerhin darüber, daß eine Strategie der kollektiven Self-Reliance in zwei zentralen Aktionsbereichen praktiziert werden muß<sup>13</sup>: zum einen im Bereich quasi-gewerkschaftlicher Aktivitäten der Länder der Dritten Welt gegenüber den Industriestaaten, bei denen die Entwicklungsländer gemeinsam ihre Verhandlungsmacht einsetzen, um eine Reform der Weltwirtschaftsordnung herbeizuführen und um Prozesse individueller Self-Reliance gegenüber möglichen Gefährdungen von außen abzusichern („Trade Union-Approach“). Zum anderen handelt es sich dabei um den Bereich verstärkter wirtschaftlich-technischer Zusammenarbeit der Entwicklungsländer zur Überwindung von Unterentwicklung. Hierdurch sollen die eigenständigen Hilfsmittel, Erfahrungen und Fähigkeiten der Dritten Welt mobilisiert und eingesetzt werden, um angemessene Mittel und Wege zur Überwindung von Unterentwicklung zu finden und zu erproben („Cooperation Against Poverty-Approach“).

## 1.23 Zur Vereinbarkeit von kollektiver Self-Reliance und Neuer Weltwirtschaftsordnung

Größere Uneinigkeit besteht bezüglich des Ausmaßes einer Herauslösung der Entwicklungsländer aus dem weltwirtschaftlichen Zusammenhang. Gefordert wird von allen Befürwortern einer kollektiven Self-Reliance der verstärkte Aufbau horizontaler Strukturen und Beziehungen, doch in welchem Maße dies auf Kosten der bisherigen vertikalen Bindungen geht bzw. gehen muß und kann, bleibt dabei vielfach unklar. Konkret handelt es sich um die Bestimmung des Umfanges, der Dauer und der Intensität einer „Dissoziation“ der Entwicklungsländer vom Weltmarkt bzw. der Bestimmung der Art „selektiver“ Kooperation mit den Industrieländern, die weiterhin als erlaubt gilt. Diese Frage stellt sich insbesondere im Zusammenhang mit der Forderung der Dritten Welt nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, da diese ja eher dem Konzept einer integrativen Weltwirtschaft und assoziativen Entwicklung verpflichtet ist, während die Forderung nach kollektiver Self-Reliance dagegen eher dem Konzept einer dezentralisierten Weltwirtschaft und dissoziati-

---

13 Vgl. z. B. den Dag-Hammarskjöld-Bericht 1975: „Was tun?“, S. 66 ff.

ven Entwicklung anhängt. Bezüglich dieser Frage nach der Vereinbarung von kollektiver Self-Reliance und Neuer Weltwirtschaftsordnung zeigen sich z. T. erhebliche Widersprüche, Inkonsistenzen und Unsicherheiten<sup>14</sup>. Bei einer Anzahl von Forschern gelten kollektive Self-Reliance und Neue Weltwirtschaftsordnung tendenziell als sich ausschließende Konzepte, da nach deren Auffassung die letztere den Zielen der ersteren diametral zuwiderläuft<sup>15</sup>. Für diese Forscher, die man als „Dissoziationisten“ bezeichnen könnte, führt die Neue Weltwirtschaftsordnung nur zu einer verstärkten Integration der Entwicklungsländer in die ungleiche internationale Arbeitsteilung und zu einer Verfestigung überkommener Strukturen von Unterentwicklung und Abhängigkeit. Doch während für die einen kollektive Self-Reliance und Neue Weltwirtschaftsordnung als unvereinbar gelten, sind sie für andere offenbar geradezu komplementäre, sich ergänzende Konzepte. Für die offiziellen Vertreter der Dritten Welt (z. B. Blockfreie, Gruppe der 77) stellt die Forderung nach kollektiver Self-Reliance zwar eine wesentliche Voraussetzung bzw. Rahmenbedingung für die Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung dar, jedoch keinesfalls einen Ersatz für oder Alternative zu diese(r)<sup>16</sup>. Die Mitarbeiter des Dag-Hammarskjöld-Berichts scheinen durchaus die Problematik des Verhältnisses beider Konzepte zu erkennen, doch meinen sie wohl, deren jeweilige Vorteile über die „Brücke“ einer „selektiven Zusammenarbeit“ von Entwicklungs- und Industrieländern konstruktiv miteinander verbinden zu können: mehr internationale Integration plus mehr kollektive Self-Reliance<sup>17</sup>.

Der vorliegende Aufsatz bemüht sich, einen Überblick über die Problematik von Süd/Süd-Beziehungen und kollektiver Self-Reliance zu vermitteln. Dabei kann es sich im Rahmen eines kurzen Abrisses letztlich nur darum handeln, einige zentrale Fragen aufzuwerfen, Kontroversen zu skizzieren, und Perspektiven aufzuzeigen<sup>18</sup>. Das Erkenntnisinteresse des Verfassers richtet sich hierbei auf die Möglichkeiten gemeinsamer Anstrengungen der Entwicklungsgesellschaften zur Überwindung von Unterentwicklung, nicht jedoch auf die Möglichkeiten einer „divide-et-impera“-Politik der Industrieländer bezüglich der Dritten Welt. Zunächst sollen die gegenwärtigen Süd/Süd-Beziehungen formal-deskriptiv als Kooperations- und

14 Vgl. hierzu die Kritik von Peter T. Bauer, *Collective Self-Reliance as Development Strategy*, in: *Inter-economics*, no. 5/6, 1977, S. 120.

15 Vgl. z. B. die in Fußnote 6 genannten Arbeiten von Oteiza, Sercovich, Senghaas, Patel und Saigal. Patel formuliert z. B. auf S. 581: „lip-service should be paid to international co-operation, and top priority should be given to economic co-operation among the developing countries themselves.“

16 Vgl. z. B. Punkt VII des Aktionsprogramms zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung von 1974: „Kollektives Selbstvertrauen und wachsende Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern werden ihre Rolle in der neuen internationalen Wirtschaftsordnung weiter stärken“; auf der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Colombo im Jahre 1976 wurde in Abschnitt VI, 1 folgendermaßen formuliert: „Die Staats- und Regierungschefs der nichtpaktegebundenen Länder haben die feste Überzeugung, daß nur eine zuversichtliche Gesinnung des kollektiven self-reliance der Entwicklungsländer das Entstehen der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung garantieren kann“ und in Abschnitt VI, 5 hieß es: „Das Prinzip des self-reliance ist . . . vereinbar mit den Zielen der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung . . .“, zitiert nach Georg Weber, *Zur Fünften Gipfelkonferenz nichtpaktegebundener Länder in Colombo*, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Bd. 5, H. 1, 1977, S. 48; auf der Konferenz der Gruppe der 77 über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern in Mexiko-City im Jahre 1976 hieß es u. a.: „As an essential element of the struggle to establish the New International Economic Order, the developing countries have focused their political will to a programme . . . based on collective self-reliance“, Doc. 77/COP/CMEX/12, S. 10; auf der gleichen Konferenz formulierte der Exekutiv-Sekretär der ECLA, Enrique V. Iglesias: „As such, it (CSR, der Verf.) is not a substitute for the new international economic order but an additional instrument for mobilizing the developing countries' own capacities. Nor must it be a rejection of or substitute for the existing bilateral and multilateral cooperation machinery between developed and under-developed countries, but rather a natural and necessary complement to it“, Doc. 77/COOP/CMEX/12, Annex VIII, S. 5.

17 Vgl. Dag-Hammarskjöld-Bericht. Kritisch zu dessen Plädoyer für verstärkte internationale Integration plus verstärkte kollektive Self-Reliance der Entwicklungsländer siehe Rainer Tetzlaff, *Kritische Anmerkungen zum „Dag-Hammarskjöld-Bericht 1975“*, in: *Friedensanalysen*. Für Theorie und Praxis 4, Frankfurt/Main 1977, S. 201 ff.

18 Dabei dürfen auch die Fußnoten keineswegs als ausführliche und umfassende Belege angesehen werden, sondern eher als exemplarische, illustrative Hinweise.

Konfliktsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern skizziert werden, dann weiter als Orientierung und Solidarisierung der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern sowie als wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer zur Überwindung von Unterentwicklung. Abschließend folgt eine zusammenfassende Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen von kollektiver Self-Reliance als dem höchsten Stadium quantitativ und qualitativ neuer Süd/Süd-Beziehungen.

## 2. Süd/Süd-Beziehungen als Kooperations- und Konfliktsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern

„South-South: nothing to Speak of“ — so überschrieb Gunnar Adler-Karlsson in einer Studie über die internationale politische Ökonomie das Kapitel über die Süd/Süd-Beziehungen<sup>19</sup>. Offenbar wollte er mit diesem lapidaren Satz die geringe quantitative Substanz und qualitative Bedeutung gegenwärtiger Süd/Süd-Beziehungen angesichts der überkommenen übermächtigen Nord/Süd-Beziehungen zum Ausdruck bringen. In der Tat gibt es bis heute noch kein den Nord/Süd-Beziehungen auch nur annähernd vergleichbares komplexes und dichtes Geflecht von politischen, wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Süd/Süd-Beziehungen. Doch andererseits scheint eine allzu starre Fixierung auf die Nord/Süd-Beziehungen den Blick dafür zu verstellen, daß die Beziehungen zwischen Entwicklungsländern in den letzten Jahren zumindest relativ und graduell an Umfang und Bedeutung gewannen<sup>20</sup>. Insbesondere seit den Jahren 1973/74 mit ihren einschneidenden Ereignissen (Energiekrise, Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung) ist unverkennbar eine neue Dynamik in die Süd/Süd-Beziehungen hineingetragen worden, die in intensivierten diplomatisch-politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Inter- und Transaktionen von Entwicklungsgesellschaften ihren Ausdruck findet<sup>21</sup>.

19 (Gunnar Adler-Karlsson, *The Political Economy of East-West-South Cooperation*, Wien-New York 1976, S. 40 ff.).

20 Die Wissenschaft und Forschung hat bislang kaum etwas zur genaueren Kenntnis der Quantität und Qualität von Süd/Süd-Beziehungen beigetragen. Bisherige Studien über die Außenpolitik bzw. die internationalen Beziehungen von Entwicklungsländern konzentrierten sich meist auf deren Nord/Süd-Beziehungen, thematisierten jedoch nur selten speziell die außenpolitischen Beziehungen zwischen Entwicklungsländern. Siehe z. B. I. W. Zartmann, *International Relations in the New Africa*, Englewood Cliffs, New Jersey 1966; Kenneth Ingham (ed.), *The Foreign Relations of African States*, London 1974; W. Scott Thompson, *Ghanas Foreign Policy, 1957–1966: diplomacy, ideology, and the new state*, Princeton 1969; Walter A. E. Skurnik, *The Foreign Policy of Senegal*, Evanston 1972; Martin D. Bailey, *Tanzania's Relations with the Third World*, Diss., London 1974; K. P. Misra (ed.), *Studies in Indian Foreign Policy*, New Delhi 1969; H. Jon Rosenbaum, *Argentine-Brazil Relations: A Critical Juncture*, in: *The World Today*, Dezember 1973, S. 537–542; Wolf Grabendorff, *Zur Außenpolitik Brasiliens. Regionale Bestimmungsfaktoren und globale Zielvorstellungen*, Ebenhausen bei München 1975. Zu erwähnen wären in diesem Zusammenhang auch spezielle Studien über Konflikte zwischen Ländern der Dritten Welt. Vgl. z. B. für zwischenstaatliche Konflikte in Afrika R. O. Matthews, *Interstate Conflicts in Africa: A Review*, in: *International Organization*, 1970, S. 335–360; Saadia Touval, *The Boundary Politics of Independent Africa*, Cambridge, Mass. 1973; Volker Matthies, *Der Grenzkonflikt Somalias mit Äthiopien und Kenya*, Hamburg 1977. Weitere Ansatzpunkte für eine Forschung über Süd/Süd-Beziehungen wären auch in den zahlreichen Arbeiten über internationale Organisationen und regionale Integration zu sehen, die sich bisher allerdings nur selten exklusiv dem Bereich der Süd/Süd-Beziehungen widmeten. Vgl. z. B. Eva Senghaas-Knobloch, *Frieden durch Integration und Assoziation*, Stuttgart 1969. Unter historischen Aspekten ließe sich auch anknüpfen an verschiedene Forschungen über vorkoloniale, kolonialzeitliche und nachkoloniale Beziehungen, Solidarisierungs- und Panbewegungen von Entwicklungsgesellschaften. Siehe z. B. den Überblick bei Dieter Schröder, *Die Konferenzen der Dritten Welt*, Hamburg 1968 und Immanuel Geiss, *Panafrikanismus. Zur Geschichte der Dekolonisation*, Frankfurt/Main 1968. Die empirische Erfassung und analytische Gewichtung gegenwärtiger Süd/Süd-Beziehungen wäre sicherlich eine wichtige und lohnende Aufgabe für die Forschung. Das Institut für Afrika-Kunde (Hamburg) begann im Jahre 1977 mit einem Forschungsprojekt zur Untersuchung der afrikanisch-lateinamerikanischen Beziehungen unter Leitung von Ulrich Vogler.

21 Vgl. hierzu und zum folgenden vor allem H. Jon Rosenbaum und William G. Tyler, *South-South-relations*, a. a. O.



## 2.1 Zur Empirie von Süd/Süd-Beziehungen

Allgemein läßt sich dabei beobachten, daß der Umfang und die Intensität von Süd/Süd-Beziehungen im subregionalen und regionalen/kontinentalen Bereich in der Regel größer ist als im zwischenregionalen/transkontinentalen Bereich. Zugleich ist auch erkennbar, daß Süd/Süd-Beziehungen bilateraler Art (von Staat zu Staat) in der Regel relativ schwächer sind als Süd/Süd-Beziehungen multilateraler Art (im Rahmen von internationalen Organisationen). Dies gilt insbesondere für den transkontinentalen Bereich, in dem bis heute — von Ausnahmen abgesehen (z. B. die Beziehungen Brasiliens, Kubas oder Indiens zu einer Reihe von afrikanischen Staaten) — nur wenige bilaterale Beziehungen zwischen Entwicklungsländern existieren. Gerade in diesem Bereich kommt daher internationalen Organisationen, Produzentenvereinigungen und Staatengruppierungen mit universaler oder mehr exklusiver Mitgliedschaft wie den Vereinten Nationen, der OPEC oder der Blockfreienbewegung bzw. der „Gruppe der 77“ als Foren von Süd/Süd-Beziehungen eine überragende Bedeutung zu. Die Erklärung für diese augenfällige relative Schwäche bilateraler Süd/Süd-Beziehungen, insbesondere im transkontinentalen Bereich, scheint auf der Hand zu liegen. Zum einen wirkt sich bis heute die überkommene kolonialzeitliche horizontale Fragmentierung und vertikale Orientierung der Entwicklungsländer durch bzw. auf die ehemaligen Kolonialmetropolen aus. Zum anderen müssen aber wohl auch geographische und kulturelle Distanzen zwischen den verschiedenen Entwicklungsgesellschaften als Restriktionen für weiter ausgreifende bilaterale Süd/Süd-Beziehungen angesehen werden. Zum dritten wäre auf das bisher — von Ausnahmen abgesehen (z. B. lateinamerikanische/brasilianische oder indische Wirtschaftsinteressen an Afrika)<sup>22</sup> — in der Regel kaum vorhandene unmittelbare ökonomische Interesse an intensiveren bilateralen Süd/Süd-Beziehungen hinzuweisen. Zu guter Letzt seien noch die erheblichen Kosten erwähnt, die der Aufbau und Unterhalt eines umfassenden und dauerhaften Systems bilateraler Beziehungen (über eine mehr sporadische Reisediplomatie hinaus) für die meisten Länder der Dritten Welt mit sich bringen würde (diplomatische Dienste und Missionen)<sup>23</sup>.

Unter den genannten Umständen blieben daher die Beziehungen zwischen Entwicklungsländern bisher weitgehend auf einen regionalen/kontinentalen bzw. subregionalen Rahmen bi- und multilateraler Kooperation/Integration begrenzt (z. B. Andenpakt, Ostafrikanische Gemeinschaft, ASEAN, OAS, OAU, Arabische Liga). Ähnlich blieben auch die kriegerischen Konflikte zwischen Entwicklungsländern bisher meist auf einen engen subregionalen Kontext beschränkt; in der Regel wurden derartige Konflikte zwischen direkten geographischen Nachbarn ausgetragen (z. B. Indien/Pakistan, Somalia/Äthiopien, Honduras (El Salvador))<sup>24</sup>. Doch scheinen manche militärische und rüstungspolitische Kooperationsmuster in der Dritten

22 Siehe z. B. *New African*, Oktober 1977, S. 985 (Brazil launches trade drive on Africa) und S. 993 (Welding cooperation between Tanzania and India), sowie auch H. J. Rosenbaum und W. G. Tyler, *Latin America's economic relations with the Third World*, in: Roger W. Fontaine und James D. Theberge (eds.), *Latin America's new internationalism. The end of hemispheric isolation*, New York 1976, S. 172—195.

23 Nur relativ reiche Länder wie z. B. Brasilien, könnten sich so etwas erlauben. Brasilien eröffnete im Zusammenhang mit seiner Handelsoffensive in Afrika 13 Botschaften in Afrika südlich der Sahara und richtete eine Afrika-Abteilung im Außenministerium ein. Zu der diplomatischen Interaktion z. B. der afrikanischen Staaten siehe P. J. McGowan, *The pattern of African diplomacy: a quantitative comparison*, in: *Journal of Asian and African Studies*, Juli 1969, S. 202—221 und David H. Johns, *Exchange of diplomats within Africa*, in: *Africa Quarterly*, vol. 11, no. 3, 1971, S. 203—215.

24 Siehe z. B. V. Matthies, *Der Grenzkonflikt Somalias mit Äthiopien und Kenya*, Hamburg 1977.

Welt auch auf die Möglichkeit künftig weiter ausgreifender militärisch-kriegerischer Verwicklungen innerhalb der Süd/Süd-Beziehungen hinzudeuten<sup>25</sup> (z. B. Unterhaltung von Militärmissionen Mexikos, Argentinens und Brasiliens in verschiedenen kleineren lateinamerikanischen Ländern, Rüstungstransfers von Ägypten an Algerien und Nordjemen, von Argentinien an Bolivien, von Brasilien an Chile, Libyen und Togo, von Indien an Nepal und Bangla Desh, Entsendung eines Expeditionskorps des Iran nach Oman, Kubas Rolle als militärischer Allianzpartner in Afrika)<sup>26</sup>.

Innerhalb der wirtschaftlichen Dimension bisheriger Süd/Süd-Beziehungen vollzog sich auch der Handel zwischen Entwicklungsländern in starker regionaler Konzentration. So wurden beispielsweise 92 Prozent aller lateinamerikanischen Industriegüter-Exporte in Entwicklungsländer intraregional gehandelt, während sich der vergleichbare Anteil für Asien auf 82 Prozent und für Afrika auf 67 Prozent belief<sup>27</sup>. Die Welthandelsstatistiken für die letzten Jahre (1970–74), die einen signifikanten Anstieg des Handelsaustausches zwischen Entwicklungsländern aufwiesen (z. B. Anwachsen des Gesamtwerts um 330 Prozent, Anstieg des Anteils am Gesamtweltexport von 3,5 Prozent auf 5,6 Prozent), verdeckten jedoch in ihrer aggregierten Form diese regionale Konzentration des Dritte-Welt-Handels ebenso wie die Tatsache, daß der Hauptanteil an diesen Handelsbeziehungen auf nur wenige industriell fortgeschrittene Länder (wie z. B. Brasilien) oder aber auf erdöl-exportierende (OPEC-)Länder entfiel<sup>28</sup>. Neben dem zentralen Sektor des Handels wäre bezüglich weiterer Wirtschaftsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern exemplarisch hinzuweisen auf eine wachsende Zusammenarbeit von Rohstoffexportländern im Rahmen von Produzentenorganisationen nach dem Vorbild der OPEC, auf eine verstärkte Entwicklungsfinanzierung und -kooperation namentlich im Bereich der afro-arabischen Beziehungen (Modellfall: Saudi-Arabien und Sudan), weiter auf eine sich langsam intensivierende wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (z. B. indische Entwicklungsexperten in anderen Ländern), auf einige private Direktinvestitionen etwa großer brasilianischer, mexikanischer oder indischer Firmen in Entwicklungsländern sowie nicht zuletzt auf die zunehmende Migration von „Gast- und Wanderarbeitern“ (z. B. Inder, Pakistani, Ägypter und Libanesen in den arabischen Ölländern und dem Iran, Jemeniten in Saudi-Arabien, Westafrikaner im Sudan) zwischen verschiedenen Ländern der Dritten Welt.

Bezüglich des sozio-kulturellen Inhaltes von Süd/Süd-Beziehungen wären beispielsweise hervorzuheben Kulturaustausche zwischen Entwicklungsländern (z. B. Künstler, Folkloregruppen, Wissenschaftler, Studenten, Literatur, Film), eine wachsende Zusammenarbeit im Bereich von Information und Kommunikation (Massenmedien: Presse, Funk, Film, Fernsehen), Sportwettkämpfe zwischen Entwicklungsländern sowie verstärkte private oder berufliche Auslandsreisen und -aufenthalte

---

25 Siehe hierzu W. Mallmann, Die Kleinen steigen ins Geschäft ein. Eine Analyse der Bestrebungen in den Entwicklungsländern, eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 234, 8. Oktober 1977, S. 14, sowie P. Lock und H. Wulf, Consequences of the Transfer of Military-Oriented Technology on the Development Process, unveröffentlichtes Arbeitspapier, Hamburg, o. J.

26 Siehe hierzu das 3. Welt-Magazin, Februar 1977, S. 21–23 (Kuba, Afrika und Angola) und Juli/August 1977, S. 84–87 (Internationalismus in Praxis. Zur Rolle Kubas in der Dritten Welt) sowie „Die Zeit“, Nr. 51 vom 9. 12. 1977 (Castros Spiel mit schwarzen Würfeln).

27 Siehe K. Grimm und D. Kebschull, Exportsteigerung durch vermehrten Handel zwischen den Entwicklungsländern, in: Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 58, Bonn, Juni 1977, S. 51.

28 Vgl. hierzu: S. A. Musto, Die Macht der Entwicklungsländer: Realität oder Illusion? In: Vierteljahresberichte, Nr. 63, 1976, S. 27.

von Angehörigen verschiedener Entwicklungsgesellschaften (z. B. brasilianische Touristen in Argentinien, Studien- bzw. Informationsreisen von Gewerkschafts-, Partei- und Verbandsfunktionären).

## 2.2 Zur Analyse von Süd/Süd-Beziehungen

Nach diesen wenigen exemplarischen Bemerkungen bezüglich der empirisch faßbaren Substanz von Süd/Süd-Beziehungen sollen kurz einige wesentliche qualitative Aspekte dieser Beziehungen hervorgehoben werden:

- Süd/Süd-Beziehungen weisen eine deutliche Tendenz zur Asymmetrie auf; sie können in ihrem Umfang und in ihrer Bedeutung für einzelne Länder und Ländergruppen keineswegs als gleichgewichtig gelten. Dies scheint offenbar vor allem eine Folge der wachsenden Differenzierung der Dritte-Welt-Länder nach Größe, Bevölkerungszahl, Ressourcenausstattung, Industrialisierungsgrad, Ausmaß der Integration in die internationale Ökonomie, Stärke der militärischen Potentiale u. a. sozio-ökonomischen und politischen Faktoren zu sein<sup>29</sup>, die bestimmte Entwicklungsländer innerhalb der Süd/Süd-Beziehungen zunehmend begünstigt (z. B. rohstoffreiche, erdölexportierende Länder dagegen eher benachteiligt (z. B. die LLDCs' und MSAC's). Infolge derartiger ökonomischer und machtpolitischer Differenzierungsvorgänge zwischen Entwicklungsländern kommt es seit geraumer Zeit in den regionalen Staatensystemen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu neuartigen Schichtungs- und Hierarchierungsprozessen<sup>30</sup>, in deren Verlauf sich regionale Vormächte bzw. „Subzentren“ herausbilden<sup>31</sup>, die dann in ihrem engeren Umfeld dahin tendieren, die Richtung, Intensität und Dynamik sowie die Kosten- und Nutzenverteilung von Süd/Süd-Beziehungen zu beeinflussen und zu kontrollieren. Gewissermaßen als „lokale Leviathane“ trachten Länder wie beispielsweise Brasilien, Mexiko, Nigeria, Indien, Iran oder Saudi-Arabien zunehmend danach, angrenzende Staaten und Regionen in ihren wirtschaftlichen und/oder politischen Bannkreis zu ziehen und bewußt oder unbewußt neue Dominanz-, Subordinations- und Dependenzbeziehungen aufzubauen<sup>32</sup>. Dabei müßte allerdings geklärt werden, ob bzw. in welchem Ausmaße derartige Beziehungen den strukturellen Herrschafts- und Abhängigkeitsbeziehungen im Nord/Süd-Verhältnis vergleichbar wären.

---

29 Aufgrund derartiger Differenzierungen sind unterschiedliche Typologien von Entwicklungsländern erstellt worden, z. B. wie die von Senghaas nach der Tiefe der Integration der Entwicklungsländer (Peripherien) in den Weltmarkt: Subzentren, Peripherien und Subperipherien, siehe Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, a. a. O., S. 247 f.; Rainer Tetzlaff, Die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die Internationalisierung der Produktion und das AKP – Abkommen von Lomé, in: Verfassung und Recht in Übersee, Bd. 9, 1976, S. 33–56, sowie H. Grienig, Aspekte der Gruppierung von Entwicklungsländern (am Beispiel der arabischen Staaten), in: Afrika, Asien, Lateinamerika, Bd. 4, ff. 6, 1976, S. 881–904 und K. Eßer, Industrialisierungsstufen und Ländergruppen in Lateinamerika. Ein Aspekt des Differenzierungsprozesses zwischen den Entwicklungsländern, Berlin 1975.

30 Siehe z. B. Timothy M. Shaw, Discontinuities and inequalities in African international politics, in: International Journal, vol. XXX, no. 3, 1975, S. 369–390; Weston H. Agor und A. Suarez, The Emerging Latin American Political Subsystem, in: Douglas A. Chalmers (ed.), Changing Latin America: New interpretations of its Politics and Society (= Proceedings of the Academy of Political Science), August 1972, S. 153–166; F. Ronfeldt und L. R. Einaudi, Conflict and Cooperation among Latin American States, in: L. Einaudi (ed.), Beyond Cuba: Latin America Takes Charge of Its Future, New York 1974, S. 185–200.

31 Allgemein zu dieser Problematik siehe Raimo Väyrynen und Luis Herrera, Subimperialism: From Dependence to Subordination, in: Instant Research on Peace and Violence, no. 3, 1975, S. 165–177 und Johan Galtung, Conflict on a Global Scale: Social Imperialism and Sub-Imperialism-Continuities in the Structural Theory of Imperialism, in: World Development, vol. 4, no. 3, März 1976, S. 153–165.

32 Vgl. hierzu das Journal of International Affairs, vol. 29, no. 2, 1975 (Power in the Third World mit

- Süd/Süd-Beziehungen sind nicht selten derart stark von Interessen der Industrieländer durchsetzt und von Nord/Süd-Beziehungen geprägt, daß sie sich kaum noch als genuine Süd/Süd-Beziehungen von regionalen Vormächten bzw. Subzentren, die häufig in starkem Maße als „Zwischenträger“ von Industrieländer-Interessenten fungieren, sei es ökonomisch über die Aktivitäten multinationaler Konzerne oder sei es politisch-militärisch über die stellvertretende Wahrnehmung einer regionalen „Ordnungsmacht“-Rolle. Können beispielsweise Investitionen von „Volkswagen do Brasil“ in Afrika oder der Export von in einem Entwicklungsland in Lizenz eines Industrielandes hergestellten Waffen in ein anderes Entwicklungsland noch als echte Süd/Süd-Beziehungen gelten oder handelt es sich dabei eher um verkappte, indirekte und vermittelte Nord/Süd-Beziehungen?
- Süd/Süd-Beziehungen sind, wie die Außenbeziehungen von Entwicklungsländern allgemein, essentiell Elitenbeziehungen und in starkem Maße eine Funktion von Eliteninteressen und der Innenpolitik dieser Länder<sup>33</sup>. In Ermangelung professioneller außenpolitischer Bürokratien, einer aktiven kritischen Opposition, eines entwickelten Pressewesens und einer interessierten „Öffentlichkeit“ unterlag (und unterliegt) die Außenpolitik von Entwicklungsländern weithin einer starken „Personalisierung“ durch einzelne (charismatische) Führungspersonlichkeiten (z. B. in der Vergangenheit: Nehru, Nkrumah, Sukarno) und/oder einer Monopolisierung durch kleine Elitegruppen, die in der Außenpolitik selten mehr sahen als eine Fortsetzung der Innenpolitik mit anderen Mitteln über die Grenzen des Staates hinaus. Außenpolitik von Entwicklungsländern sollte, insbesondere im Kontext transkontinentaler Süd/Süd-Beziehungen (z. B. Blockfreiheit, Konferenzen der Dritten Welt) offenbar neben anderen Zielen vor allem auch der Nationenbildung, der Eliten- und Herrschaftslegitimation sowie der externen Ableitung innergesellschaftlicher Spannungen dienstbar gemacht werden. Diesen Zwecken schien durchaus ein vielfach stark rhetorischsymbolischer Gebrauch von Außenpolitik zu entsprechen.

Beiträgen von R. M. Burrell über „Iranian Foreign Policy: Strategic Location, Economic Ambition, and Dynastic Determination“, von Riordan Roett über „Brazil Ascendant: International Relations and Geopolitics in the Late 20th Century“, von Ibrahim Agboola Gambari über „Nigeria and the World: A Growing Internal Stability, Wealth, and External Influence“, von Bhabani Sen Gupta über „Waiting for India: India's Role as a Regional Power“; siehe auch Jean Herscovits, *Nigeria: Africa's New Power*, in: *Foreign Affairs*, vol. LIII, 1975, S. 314–333; William Perry, *Contemporary Brazilian foreign policy: The international strategy of an emerging power*, Beverly Hills 1976; Wolf Grabendorff und Manfred Nitsch, *Brasilien: Entwicklungsmodell und Außenpolitik*, München 1977; William P. Avery, *Oil, politics, and economic policy: Venezuela and the Andean Common Market*, in: *International Organization*, vol. 30, no. 4, 1976, S. 541–571. Über das Verhältnis des Iran zur Dritten Welt bereitet U. Steinbach (Deutsches Orient-Institut Hamburg) ein Forschungsprojekt vor. Prof. Bassam Tibi von der Universität Göttingen plant ein Forschungsprojekt über die Penetration und Arabisierung der afrikanischen Küste des Roten Meeres durch Saudi-Arabien.

<sup>33</sup> Siehe zu dieser Problematik z. B. Robert C. Good, *State-Building as a Determinant of Foreign Policy in the New States*, in: Laurence W. Martin (ed.), *Neutralism and Nonalignment*, New York 1962, S. 3–12; Pablo Gonzales Casanova, *Internal and External Politics of Underdeveloped Countries*, in: R. Barry Farrell (ed.), *Approaches to Comparative and International Politics*, Evanston 1966; Joel S. Migdal, *Internal Structure and External Behaviour: Explaining Foreign Policies of Third World States*, in: *International Journal*, vol. IV., no. 5, Mai 1974, S. 510–525; Maurice A. East, *Foreign Policy-Making in Small States: Some Theoretic Observations Based on a Study of the Uganda Ministry of Foreign Affairs*, in: *Policy Sciences*, Dezember 1973, S. 491–508; J. Nadyopadhyaya, *The Making of India's Foreign Policy: determinants, institutions, processes and personalities*, Bombay 1970; Marvin C. Ott, *Foreign Policy Formulation in Malaysia*, in: *Asian Survey*, März 1972, S. 225–241; Franklin B. Weinstein, *The Uses of Foreign Policy in Indonesia: An Approach to the Analysis of Foreign Policy in the Less Developed Countries*, in: *World Politics*, April 1972, S. 356–381; Robert L. Rothstein, *Foreign Policy and Development Policy: From Nonalignment to International Class War*, in: *International Affairs*, Oktober 1976, S. 598–616.

### 3. Süd/Süd-Beziehungen als politische Organisation und Solidarisierung der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern (= „Trade Union-Approach“)

Sieht man in den gemeinsamen Bemühungen der Entwicklungsländer, durch Verhandlungen und/oder Druckausübung den Industrieländern Zugeständnisse hinsichtlich einer Neuordnung der Weltwirtschaftsbeziehungen abzurufen, eine Analogie zu gewerkschaftlichem Verhalten, so ergeben sich eine Reihe von Fragen bezüglich der Möglichkeiten und Grenzen einer „Gewerkschaft der Dritten Welt“. Welche Organisationsformen quasi-gewerkschaftlicher Aktivitäten von Entwicklungsländern gibt es, über welches Maß an Verhandlungsmacht bzw. über welche Fähigkeiten, Streik- und Kampfmaßnahmen durchzuführen, verfügt eine solche „Gewerkschaft“ der Entwicklungsländer, und wie ist es um die Solidarität der Mitglieder dieser Gewerkschaft bestellt?

#### 3.1. Zur Organisation der Dritten Welt

Die Organisation quasi-gewerkschaftlicher Aktivitäten von Entwicklungsländern kann recht unterschiedliche Formen annehmen, die letztlich bedingt sind durch die jeweiligen Verhandlungspartner und Verhandlungsgegenstände. Von ihrer Thematik und Teilnehmerschaft her relativ begrenzte quasi-gewerkschaftliche Aktivitäten ließen sich beispielsweise in den Verhandlungen afrikanischer Entwicklungsländer mit europäischen Industrieländern über eine EG-Assoziierung sowie in den Ölpreiserhöhungen und Boykottmaßnahmen der OPEC-Länder erkennen. Gewissermaßen als „Dachgewerkschaften“ der Entwicklungsländer mit tendenziell universaler Mitgliedschaft könnten auf der transkontinentalen Ebene die Bewegung der Blockfreien und die „Gruppe der 77“ angesehen werden, die der Gesamtheit der Industrieländer in einem globalen Rahmen wie z. B. der UN-Vollversammlung oder der UNCTAD entgegentreten.

Ohne im einzelnen auf die geschichtlichen Ursprünge (Ost/West-Konflikt, Dekolonisation), die Entwicklungsstadien der Blockfreienbewegung, auf das Wesen und die Funktion sowie die regionalen Varianten der Blockfreiheit (bzw. des „Nonalignment“ oder der „Afro-Asiatischen Bewegung“) einzugehen<sup>34</sup>, soll hier im folgenden nur die grundlegende Transformation der Blockfreienbewegung in den siebziger Jahren hervorgehoben werden. Wie Jankowitsch und Sauvants in einer eindrucksvollen Studie zeigten<sup>35</sup>, wandelte sich die Bewegung der Blockfreien von einer eher lockeren, informellen politischen Gruppierung von Ländern der Dritten Welt im Kontext des Ost/West-Konflikts zu einer weit fester organisierten ökonomi-

34 Siehe hierzu als Auswahl (Odette Jankowitsch und Karl P. Sauvants, *The Third World without Superpowers: The Collected Documents of the Non-Aligned Countries*, New York 1977); G. Jansen, *Afro-Asia and Non-Alignment*, London 1966; J. W. Burton (ed.), *Nonalignment*, London 1966; Dieter Schröder, *Die Konferenzen der Dritten Welt. Solidarität und Kommunikation zwischen nachkolonialen Staaten*, Hemburg 1968; Daniel Frei, *Neutralität und Neutralismus*, in: *Neue Politische Literatur*, Bd. 14, H. 4, 1969, S. 446–460; David Kimche, *The Afro-Asian Movement: Ideology and Foreign Policy of the Third World*, Jerusalem 1973; Vernon Mendis, *The Policy of Non-Alignment*, in: *MARGA*, vol. 3, no. 3, 1976, S. 31–45; Robert L. Rothstein, *Foreign Policy and Development Policy: From Nonalignment to International Class War*, in: *International Affairs*, Oktober 1976, S. 598–616; Renate Wünsche, *Die Politik der Nichtpaktgebundenheit in den internationalen Beziehungen der Gegenwart*, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Bd. 4, H. 4, 1976, S. 517–526.

35 Vgl. Odette Jankowitsch und Karl P. Sauvants, *The Evolution of the Non-Aligned Movement into a Pressure Group for the Establishment of the New International Economic Order*, a. a. O.; vgl. auch Robert L. Rothstein, *Foreign Policy and Development Policy: From Nonalignment to International Class War*, a. a. O.



schen Interessengruppe der Entwicklungsländer im Rahmen des Nord/Süd-Konflikts. Mit dem weitgehenden Abschluß des Dekolonisationsprozesses, zunehmender Entspannung im Ost/West-Konflikt und einem wachsenden sozio-ökonomischen Problemdruck auf die Herrschafts-Eliten in den Entwicklungsländern gewann seit dem Ende der sechziger Jahre innerhalb der Blockfreienbewegung gegenüber der bislang vorherrschenden „politischen Perspektive“ zunehmend eine „ökonomische Perspektive“ an Gewicht. Seit der 3. Gipfelkonferenz in Lusaka 1970, der Außenministerkonferenz in Georgetown 1972 und vor allem der 4. Gipfelkonferenz in Algier 1973 erlangten Forderungen wie z. B. die nach einer Reorganisation des Weltwirtschaftssystems, nach „ökonomischer Dekolonisation“ und wirtschaftlicher Entwicklung, nach individueller und kollektiver Self-Reliance sowie nach einer „Demokratisierung“ der internationalen Beziehungen prioritäre Bedeutung. Galten in den sechziger Jahren ökonomische Problematiken im Rahmen der Blockfreienbewegung eher als „low politics“, die Fachministern und nachgeordneten Behörden überlassen blieb, so wurden sie in den siebziger Jahren nunmehr zu Gegenständen der „high politics“ erhoben, mit den sich die Staats- und Regierungschefs höchstpersönlich befaßten. Die Ergebnisse der Algier-Konferenz von 1973, auf der es zum vollen „Durchbruch“ dieser neuen „ökonomischen Perspektive“ in der Blockfreienbewegung kam, können als die unmittelbaren Vorläufer der im Frühjahr 1974 von den Entwicklungsländern auf der 6. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen erhobenen Forderungen nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ gelten. Im engen Zusammenhang mit der Entfaltung einer „ökonomischen Perspektive“ der Blockfreienbewegung veränderte sich auch die Struktur der Mitgliedschaft sowie die institutionelle Infrastruktur der Bewegung. blieb die Mitgliedschaft der Blockfreien in den sechziger Jahren weitgehend auf die afro-asiatischen Länder beschränkt, so schlossen sich in den siebziger Jahren zunehmend auch lateinamerikanische Länder der Bewegung an. Die Gesamtzahl der Mitglieder stieg von 25 (Belgrad 1961) auf 87 (Colombo 1976) an. Neben diesen Erfolgen bei der Rekrutierung und Mobilisierung neuer Mitglieder erzielten die Blockfreien auch Fortschritte bei der Verbesserung ihrer institutionellen Infrastruktur und ihrer Fähigkeit zur Aggregation und Artikulation ihrer Interessen. Durch regelmäßige Konsultationstreffen von Außenministern und/oder UN-Botschaftern der Mitgliedsländer und durch die Schaffung eines „Preparatory/Co-ordinating Committee“ sowie verschiedener Expertengruppen wurde eine stärkere Formalisierung und Kontinuität sowie Sachkompetenz der Arbeit der Blockfreien außerhalb der großen Konferenzen erreicht und zugleich die Kommunikation zwischen ihren Mitgliedern sowie die Planungskapazität der Bewegung wesentlich verbessert. Wirkten die Blockfreien über die verschiedenen regionalen „Caucusing Groups“ der Entwicklungsländer in den Vereinten Nationen allgemein aktivierend auf die Aggregations- und Solidarisierungspotenzen der Dritten Welt gegenüber den Industrieländern ein<sup>36</sup>, so traten die in der „Gruppe der 77“ zusammengeschlossenen Entwicklungsländer den Industriestaaten im Rahmen der UNCTAD als eine auf Handels- und Entwicklungsfragen spezialisierte ökonomische Interessengruppe ent-

36 Zur Rolle der Entwicklungsländer in den Vereinten Nationen siehe z. B. D. A. Kay, *The New Nations in the United Nations, 1960–1967*, New York 1970 und Peter Pawelka, *Vereinte Nationen und strukturelle Gewalt*, München 1974; Mohammed Salah-Uddin Eid, *Die Blockfreien in den Vereinten Nationen*, München 1970.

gegen<sup>37</sup>. Als „Geburtshelfer“ der späteren „Gruppe der 77“ fungierte gewissermaßen die 1962 abgehaltene Kairoer Konferenz von 34 Entwicklungsländern aus Asien, Afrika und Lateinamerika über Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, auf der erstmalig explizit von Ländern der Dritten Welt ökonomische Themen erörtert wurden<sup>38</sup>. Denn auf die Initiative dieser Konferenz hin kam es zur Gründung der UNCTAD und zur Einberufung der 1. Welthandelskonferenz in Genf von 1964, während der sich ja bekanntlich die „Gruppe der 77“ als ein Sammelbecken von damals 77 mit der Haltung der Industrieländer unzufriedenen afroasiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländern konstituierte. Diese Länder, die sich von der Arbeit der UNCTAD erste Schritte in Richtung auf eine „new and just world economic order“ erhofften, präzisierten ihre Forderungen gegenüber den Industrieländern 1967 (im Hinblick auf die 2. Welthandelskonferenz in New Delhi 1968) in der „Charta von Algier“, 1971 (im Hinblick auf die 3. Welthandelskonferenz in Santiago de Chile 1972) in der „Erklärung von Lima“ und 1976 (im Hinblick auf die 4. Welthandelskonferenz in Nairobi 1976) in der „Deklaration von Manila“. Zugleich übte die „Gruppe der 77“ im Rahmen der UNCTAD Solidarität gegenüber den Industrieländern ein, erhöhte die Zahl ihrer Mitglieder (112 Länder im Jahre 1976) und verbesserte ihre Fähigkeit zur Aggregation und Artikulation der Interessen ihrer Mitgliedsländer. Unter Anleitung der im Vergleich zu den afroasiatischen Staaten ökonomisch weiter fortgeschrittenen lateinamerikanischen Länder erzielte die „Gruppe der 77“ auch erhebliche Erfolge bei der Instrumentalisierung des Sekretariats (Raul Prebisch!) und der Bürokratie der UNCTAD zugunsten der Interessen der Entwicklungsländer<sup>39</sup>.

Infolge ihrer Enttäuschung über die unzureichenden Ergebnisse bisheriger UNCTAD-Konferenzen traten in den siebziger Jahren nach der Santiago-Konferenz von 1972 etliche lateinamerikanische Mitgliedsländer der Gruppe der 77 der Blockfreienbewegung bei, um in dieser Staatengruppierung einen stärkeren politischen Rückhalt für ihre weitere Arbeit im Rahmen der UNCTAD zu finden. Auf diese Weise kam es nicht nur zu einer wachsenden Überlappung der Mitgliedschaften und Loyalitäten zwischen der Gruppe der 77 und der Blockfreienbewegung, sondern zugleich auch zu einem tendenziellen Bedeutungsverlust der historisch bedingten ursprünglichen unterschiedlichen Identitäten dieser beiden Gruppierungen und weiter auch zu einer neuartigen Koordinierung und politisch-strategischen sowie kompetenzmäßigen Arbeitsteilung zwischen beiden Organisationen<sup>40</sup>. Im Kontext einer umfassenden Dritte-Welt-Bewegung mit stark ökonomischer Ausrichtung (Neue Weltwirtschaftsordnung und Self-Reliance) gegenüber den Industrieländern sollte offenbar den Blockfreien als einer tendenziell exklusiven Organisation der Entwicklungsländer vor allem die Rolle eines dynamischen, geistigen Inspirators, Initiativorgans und Wortführers zukommen oder, anders formuliert, die Trägerschaft des allgemeinen „politischen Mandats“ dieser Bewegung. Die Gruppe der 77 sollte demgegenüber wohl weiterhin die Funktion einer auf

37 Zur Rolle der „Gruppe der 77“ im Rahmen der UNCTAD siehe z. B. B. Gosovic, UNCTAD: Conflict and Compromise. The Third Worlds' quest for an equitable world economic order through the United Nations, Leiden 1972; D. Cordovez, UNCTAD and Development Diplomacy. From Confrontation to Strategy, London 1972; J. S. Nye, UNCTAD: Poor Nations' Pressure Group, in: I. Cox und H. Jacobsen (eds.), The Anatomy of Influence: Decision-Making in International Organization, New Haven 1973.

38 Vgl. dazu Dieter Schröder, Die Konferenzen der Dritten Welt, a. a. O., S. 243 ff.

39 Vgl. Peter Pawelka, Vereinte Nationen und strukturelle Gewalt, a. a. O., S. 48 sowie Manfred Nitsch, Latin America in the Third World, a. a. O., S. 94 f.

40 Vgl. hierzu das editorische Vorwort von MARGA, vol. 3, no. 3. 1976, S. 3.

ökonomische Fach- und Detailfragen spezialisierten Interessenvertretung der Entwicklungsländer im Rahmen einer internationalen Organisation mit universaler Mitgliedschaft (UNCTAD) ausüben.

Zur Stärkung der ja bisher noch relativ schwach ausgeprägten quasi-gewerkschaftlichen Aktivitäten der Dritten Welt schiene eine Steigerung der Organisationskapazität von Entwicklungsländern zweifelsohne von Vorteil zu sein. In diesem Sinne plädierten eine Reihe von Wissenschaftlern für einen höheren Grad an Organisation und Institutionalisierung der Dritte-Welt-Bewegung in Richtung auf eine „OECD der Dritten Welt“ und forderten ein ständiges, professionelles Sekretariat für die Blockfreienbewegung<sup>41</sup>. Weiter wurde die Schaffung einer Vielzahl von exklusiven Dritte-Welt-Organisationen mit begrenzter Mitgliedschaft, klar umrissener Interessenlage und Sachkompetenz vorgeschlagen, die gemäß dem Beispiel der OPEC spezifische Interessen von Gruppen von Entwicklungsländern zielgerechter und effektiver als bisher (im Rahmen von großen, globalen, unspezifischen Organisationen wie Blockfreien und Gruppe der 77) vertreten könnten. Dies gilt ähnlich hinsichtlich der Forderungen nach einem vermehrten Aufbau von Expertengremien der Dritten Welt, die mehr spezifischen Sachverstand als bisher zugunsten von Entwicklungsländer-Interessen mobilisieren sollen. Derartige exklusive und spezialisierte Organisationen und Bürokratien der Entwicklungsländer könnten den Vorteil haben, daß sich diese stärker als bisher von den bestehenden, meist durch die Industrieländer dominierten internationalen Organisationen<sup>42</sup> und Gremien zu lösen, ihre Eigenständigkeit und politische Identität zu fördern sowie darüber hinaus durch die Bündelung ihrer Fähigkeiten und Kapazitäten in den Bereichen von Information, Forschung, Koordinierung und Planung der Vertretung und Durchsetzung ihrer Interessen in Verhandlungen mit Industrieländern eine größere „Durchschlagskraft“ zu verleihen vermöchten. Wenn gleich auch der Gedanke eines ständigen Sekretariats der Blockfreien auf der Konferenz von Colombo 1976 noch keine allgemeine Zustimmung fand, so scheinen doch die wachsende Zahl von Produzentenvereinigungen der Entwicklungsländer, die verstärkten Aktivitäten von spezialisierten Komitees der Blockfreien (insbesondere seit der Gipfelkonferenz von Algier 1973 und der Außenministerkonferenz in Lima 1975) sowie die Etablierung eines Solidaritätsfonds und gemeinsamen Informations-Pools der Blockfreien darauf hinzudeuten, daß die Entwicklungsländer die strategisch-taktische Bedeutung quasi-gewerkschaftlicher Organisationsformen zur Durchsetzung ihrer Interessen mittlerweile klar erkannt haben.

### 3.2 Zur Macht der Dritten Welt

Organisation stellt zwar eine notwendige, doch keineswegs ausreichende Bedingung für eine erfolgreiche Ausübung gewerkschaftlicher Aktivitäten von Entwicklungsländern dar. Hinzu treten müssen noch die „Macht“ bzw. die Fähigkeit zur

---

41 Vgl. hierzu und zum folgenden G. K. Helleiner, An OECD for the Third World, in: IDS Bulletin, vol. 7, no. 4, 1976, S. 19 f.; R. H. Green, Euthenasia, Birth Control or Planned Parenthood: Reflections on International Organisations and the Quest for NIEO, in: IDS Bulletin, vol. 7, no. 4, 1976, S. 14–18; Samir Amin, After Nairobi-Preparing the Non-Aligned Summit in Colombo-An Appraisal of UNCTAD IV, in: MARGA, vol. 3, no. 3, 1976, S. 47–53; Paul Streeten, How to Strengthen Co-operation among Developing Countries, in: IDS Bulletin, vol. 7, no. 4, 1976, S. 21; Surendra J. Patel, Collective Self-Reliance . . . , a. a. O.; Peter Pawelka, Vereinte Nationen . . . , a. a. O.; Dag-Hammarskjöld-Bericht 1975.

42 Vgl. z. B. die Studie von Lothar Brock, Entwicklungsnationalismus und Kompradorenpolitik. Die Gründung der OAS und die Entwicklung der Abhängigkeit Lateinamerikas von den USA, Meisenheim 1975.

Anwendung von Droh- und Zwangsstrategien sowie die „Solidarität“ einer „Gewerkschaft der Dritten Welt“. Bezüglich der Einschätzung von Machtmöglichkeiten der Entwicklungsländer gehen die Meinungen jedoch recht weit auseinander. Dabei hat allerdings glücklicherweise die anlässlich der Energiekrise von 1973/74 vielfach auftauchende apokalyptische Vision eines globalen kriegesischen Nord/Süd-Konflikts mittlerweile wieder einer nüchterneren und differenzierteren Betrachtung des Machtpotentials der Dritten Welt Platz gemacht. Weithin übereinstimmend scheint man in den Industrieländern heute dahin zu neigen, nach der durch Bergsten ausgelösten anfänglich heftigen Kontroverse um das Droh- und Zwangspotential von Rohstoffkartellen<sup>43</sup> die reale Gefahr von Kartellbildungen nach dem Muster der OPEC aufgrund der spezifischen und singulären Bedingungen des Rohstoffs Erdöl für relativ gering zu erachten<sup>44</sup>. Dennoch gibt es eine Anzahl von Wissenschaftlern<sup>45</sup>, welche die potentielle bzw. latente „Wirtschaftsmacht“ (z. B. indirekte Folgewirkungen einer radikal-nationalistischen Ressourcenpolitik in der Dritten Welt für eine rationale Kalkulierbarkeit weltwirtschaftlicher Entwicklungen, Bedeutung der Entwicklungsländer als Importeure und Exporteure von für die Industrieländer wichtigen Gütern sowie als „Gastgeber“ von multinationalen Konzernen) und „Chaosmacht“ bzw. „Vetomacht“ (z. B. Verweigerung von Mitarbeit bei internationalen Problemlösungen, internationaler Terrorismus, Proliferation von Atomwaffen) der Entwicklungsländer für relativ groß halten. Doch gehen diese Forscher bei ihrer Einschätzung der Macht der Dritten Welt keineswegs so weit wie Mahbub Ul Haq<sup>46</sup>, der für die weitere Zukunft eine „dramatische Verschiebung“ der politischen Machtbalance zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zugunsten der letzteren prognostizieren zu können meint. Andere Forscher<sup>47</sup> wiederum halten derartigen eher optimistischen Beurteilungen der „Macht“ der Dritten Welt die nahezu totale existenzielle ökonomische Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industriestaaten entgegen:

„Da die Peripherien von den Metropolen in entscheidenden Dimensionen, wie z. B. ihrer Ausstattung mit Investitions-, Kapital- und Produktionsgütern sowie im Technologiebereich, existenziell und nicht nur marginal abhängig sind, besitzen die Metropolen aufgrund dieser Monopolmacht eine viel größere bargaining power, als es der rhetorische Aufstand der Dritten Welt in den jüngsten internationalen Konferenzen ahnen läßt.“<sup>48</sup>

Unter Verweis auf die mangelnde Solidarität der Entwicklungsländer angesichts ernster Herausforderungen, auf die innenpolitische Labilität vieler dieser Staaten,

43 Siehe hierzu Fred Bergsten, *The Threat from the Third World, The Threat is Real, The Response to the Third World*, in: *Foreign Policy*, Nr. 11, 1973, Nr. 14, 1974 und Nr. 17, 1974/75 sowie Stephen D. Krasner, *Oil is the Exception*, in: *Foreign Policy*, Nr. 14, 1974.

44 Vgl. hierzu Rainer Jonas, Rohstoffkartelle und Entwicklungsfinanzierung, in: Rainer Jonas und Manfred Tietzel (Hrsg.), *Die Neuordnung der Weltwirtschaft*, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 100–121.

45 Vgl. Konrad Seitz, *Die Dritte Welt als neuer Machtfaktor in der Weltpolitik*, in: *Europa-Archiv*, 30. Jahr, 7. Folge, 10. April 1975, S. 213–226; Wolfgang Hager, *Angst vor der Dritten Welt?* in: *Europa-Archiv*, Folge 14, 1975, S. 471–476; R. H. Green und H. W. Singer, *Toward a Rational and Equitable New International Economic Order: A Case for Negotiated Structural Changes*, in: *World Development*, no. 6, Juni 1975, S. 427–444; Karl P. Sauvant, *Toward the New International Economic Order*, a. a. O., S. 8: „Much of the bargaining power of the developing world consists of the power to disrupt the international economic system, to introduce uncertainties, and to foreclose possibilities — in other words, to increase the opportunity costs for developed countries.“

46 Vgl. (Mahbub) Ul Haq, *The Bargaining Power of the Poor Nations*, in: *MARGA*, vol. 3, no. 3, 1976, S. 7–15.

47 Vgl. Dieter Senghaas, *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik*, a. a. O.; Stefan A. Musto, *Die Macht der Entwicklungsländer: Realität oder Illusion?* in: *Vierteljahrsberichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Nr. 63, 1976, S. 23–38; Tony Smith, *Changing configurations of power in North-South-Relations since 1945*, in: *International Organization*, vol. 31, no. 1, 1977, S. 1–27; Peter T. Baur, *Collective Self-Reliance* . . . , a. a. O.

48 Dieter Senghaas, *Weltwirtschaftsordnung* . . . , a. a. O., S. 214.

auf die der Konterproduktivität ihres Einsatzes von Wirtschaftsmacht, auf die bisher unzureichenden organisatorischen Kapazitäten der Dritten Welt für effektive kollektive Aktionen und die letztlich eng an Industrieländer-Interessen gekoppelten Interessen der herrschenden Eliten zahlreicher Entwicklungsländer bestreiten diese Forscher überhaupt die Existenz eines Machtpotentials der Dritten Welt. Nach ihrer Auffassung liegt demgegenüber eher ein „Machtimage“ (Musto) der Dritten Welt vor, d. h. ein Bild von einer Macht der Entwicklungsländer, das sich die Industrieländer vorstellen<sup>49</sup>. Daraus folgert, daß die Entwicklungsländer letztlich nur über soviel Macht verfügen, wie die Industrieländer es ihnen zutrauen. Die Macht der Dritten Welt stellt sich auf diese Weise dann nur noch als eine Funktion der Perzeption von Macht der Entwicklungsländer durch die Industriestaaten dar.

Diese kontroverse Diskussion über das Droh- und Zwangspotential der Dritten Welt weist auf die Notwendigkeit weiterer Forschungen hin<sup>50</sup>; möglicherweise ist das Spektrum denkbarer Drohstrategien von Entwicklungsländern bisher weder theoretisch noch praktisch-politisch hinreichend ausgelotet worden. Peter Pawelka<sup>51</sup> betonte zudem, daß mögliche Droh- und Zwangsstrategien von Entwicklungsländern keinesfalls losgelöst von den bisher vor allem im Rahmen des UN-Systems verfolgten Verhandlungsstrategien (die auf kognitiven Einsichten und Argumenten des Verhandlungspartners aufbauten) und normativ-reduktiven Strategien (die auf eine Aufbrechung von affektiven Barrieren mit dem Ziel der Initiierung eines Wert- und Einstellungswandels auf seiten der Industrieländer abzielten)<sup>52</sup> betrachtet werden sollten. Diese drei Strategieansätze von Entwicklungsländern seien keineswegs als alternative, sich gegenseitig ausschließende, sondern im Gegenteil eher als sich wechselseitig verstärkende, miteinander rückgekoppelte Elemente anzusehen. Gerade eine Verbindung der drei Strategien schiene in der politischen Wirklichkeit vermutlich eine weit größere Erfolgschance zu bieten als die isolierte Anwendung einer dieser Strategien. Dabei müßte aber wohl davon ausgegangen werden, daß Droh- und Zwangsstrategien künftig zumindest ein relativ größeres Gewicht zukommen wird als dies bisher in der Vergangenheit der Fall war.

### 3.3 Zur Solidarität der Dritten Welt

Der Zusammenhalt der Entwicklungsländer erwies sich in den letzten Jahren der Verhandlungen mit den Industrieländern über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung trotz verschiedener Bedrohungen von außen (Spaltungsversuche durch die Industrieländer) und von innen (Interessendivergenzen innerhalb

49 Vgl. z. B. Musto, S. 35: „Das Image von Macht ist, zumindest potentiell, effektive Macht . . . Die Dritte Welt hat letztlich die Macht, die ihr von den Industrieländern als real und gegeben zugetraut oder beigemessen wird . . . Die Verhandlungsposition hängt also nicht nur von den Trümpfen ab, die man besitzt. Sie ist zumindest im gleichen Maße bedingt durch die gegenseitige Perzeption der Akteure untereinander und die gegenseitige Einschätzung der Fähigkeiten, Einfluß und damit Macht aufeinander auszuüben . . . selbst die Armut, kraft ihres appellativen Charakters, ist eine potentielle Machtquelle.“

50 Vgl. hierzu (Mahbub) Ul Haq, *The Bargaining Power* . . . a. a. O. sowie Paul Streeten, *Grenzen der Entwicklungsforschung*, München 1975, S. 68 f.

51 Vgl. Peter (Pawelka), *Vereinte Nationen und strukturelle Gewalt*, a. a. O., S. 103 ff.

52 Auf den unter bestimmten Bedingungen möglichen begrenzten Erfolg einer Strategie, die unter Verwendung eines moralischen Imperativs demonstrativ Ungerechtigkeiten offenlegt, hat Zartmann hingewiesen: I. W. Zartmann, *The Politics of Trade Negotiation (between) Africa and the European Community. The Weak Confront the Strong*, Princeton, New Jersey 1971.



der Dritten Welt) zur Überraschung vieler Beobachter als weitaus tragfähiger als erwartet<sup>53</sup>. Wie läßt sich dieses Phänomen der Solidarität der Dritten Welt nun erklären? Zunächst wohl durch den oftmals unterschätzten psychologisch-emotionalen Grundkonsens der Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten<sup>54</sup>. Die weithin gemeinsamen historischen Erfahrungen von Kolonialismus, Rassismus und Unterentwicklung, die langjährigen gemeinsamen Enttäuschungen der Entwicklungsländer bezüglich gehegter Erwartungen auf Entwicklungserfolge und Hilfe von seiten der Industriestaaten sowie nicht zuletzt die verstärkte Kommunikation untereinander im Rahmen der Blockfreienbewegung und der Gruppe der 77 hatten offenbar die Entstehung einer embryonalen psycho-politischen und ideologischen Dritte-Welt-Identität zur Folge.

Doch würde diese für sich allein genommen wohl kaum ausreichen, um den erstaunlichen Grad bisheriger Solidarität der Entwicklungsländer zu erklären. Ergänzend muß auch auf die Vorstellung gemeinsamer Interessen der Dritte-Welt-Länder hingewiesen werden. Nur die Überzeugung der Entwicklungsländer, trotz aller Interessendivergenzen innerhalb der Dritten Welt gegenüber den Industrieländern aufgrund ihrer strukturellen Abhängigkeit von diesen letztlich doch gemeinsame Interessen zu haben, die sich nur in solidarischer, gemeinsamer Aktion durchsetzen lassen, kann eine nüchterne interessenpolitische Erklärungsbasis für den Zusammenhalt der Dritten Welt abgeben.

Dabei brauchte sich dieses Kalkül gemeinsamer Interessen gegenüber den Industrieländern jedoch keineswegs auf identische Objekte und Gewinnerwartungen zu beziehen; wichtig schien allein zu sein, daß der je einzelne Staat der Dritten Welt im Rahmen des gesamten Verhandlungspaketes aller Entwicklungsländer einen angemessenen Teilgewinn zu erzielen hoffte und vermochte. Dafür waren die Entwicklungsländer bereit, sich reziproke Solidarität und Unterstützung zu gewähren. Dieses Verfahren hatte allerdings den Nachteil, daß die Entwicklungsländer in der Regel für die Industriestaaten unannehmbare und nur schwer implementierbare Maximalforderungen stellten und umfassende Verhandlungspakete vorlegten, die sehr unterschiedliche Detailforderungen miteinander verbanden, um für jedes einzelne Entwicklungsland akzeptabel zu sein. Zugleich lag diesem Vorgehen offenbar die Absicht zugrunde, mit Hilfe einer durch undifferenzierte Globalforderungen zusammengehaltenen Einheitsfront die Kosten von Verhandlungen für die Entwicklungsländer zu minimieren, den Nutzen jedoch zu maximieren. Gingen die Entwicklungsländer von dieser Verfahrensweise ab und würden sie stärker als bisher Verhandlungsgegenstände und -ziele differenzieren, spezifizieren und klare Rangfolgen schaffen und Prioritäten setzen, so bestünde durchaus die Gefahr einer Aufweichung der bisherigen Solidarität der Dritten Welt. Denn dies würde bedeuten, daß die bisher durch Globalforderungen verdeckten realen Interessendivergenzen zwischen einzelnen Ländern und Ländergruppen der Dritten Welt offen und rational ausdiskutiert und wenn möglich bereinigt werden müßten, bevor man in die Verhandlungen mit den Industrieländern einträte. Eine solche Interessenklärung

53 Vgl. Alfred Babing und Roswitha Voigtländer, Haupttendenzen in der Berichterstattung der bürgerlichen Presse zur Konferenz nichtpaktgebundener Länder in Colombo, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Bd. 5, H. 1, 1977, S. 63–67.

54 Vgl. hierzu und zum folgenden Roger D. Hansen, *The political economy of North-South relations: How much change?* in: *International Organization*, vol. 29, no. 4, 1975, S. 921–943; H. Jon Rosenbaum und William G. Tyler, *South-South relations*, a. a. O.; Branišlav Gosovic, *UNCTAD: Conflict and Compromise*, a. a. O.; Peter Pawelka, *Vereinte Nationen und strukturelle Gewalt*, a. a. O. sowie Manfred Nitsch, *Latin America in the Third World*, a. a. O.

wiederum könnte jedoch den Industrieländern einen willkommenen Ansatzpunkt für eine „divide et impera“-Politik bieten. Interessenkonflikte zwischen Entwicklungsländern gab und gibt es genug. Die Hauptkonfliktlinien verliefen dabei zwischen besonders benachteiligten und besonders begünstigten Ländern und Ländergruppen (z. B. LLDC's, MSAC'S und rohstoffarme Länder contra teilindustrialisierte, erdölexportierende und rohstoffreiche Länder), zwischen Ländergruppen unterschiedlichen sozio-ökonomischen Entwicklungsniveaus (z. B. rohstoffproduzierende afrikanische contra rohstoffverarbeitende lateinamerikanische Länder) zwischen Ländergruppen mit privilegierten Bindungen an Industrieländer (z. B. EG-assoziierte Länder contra nichtassoziierte Länder) sowie ganz allgemein zwischen um die Märkte der Industrieländer konkurrierenden Produzenten und Exporteuren von Rohstoffen und verarbeiteten Waren. Ein illustratives Beispiel für Interessendivergenzen zwischen Entwicklungsländern bot auch die jüngste Seerechtskonferenz<sup>55</sup>: Hier zeigte sich, daß zwar im Hinblick auf die Schaffung eines internationalen Regimes für den Meeresboden und seine Ressourcen (jenseits nationaler Jurisdiktion) eine solidarische Einheitsfront der Entwicklungsländer möglich war, andererseits jedoch bezüglich von Detailproblemen wie z. B. dem Küstenmeer, der Meerengen, der Archipele, der Wirtschaftszone und dem Festlandssockel z. T. beträchtliche Gegensätze beispielsweise zwischen Küsten- und Binnenstaaten sowie zwischen und innerhalb der drei regionalen Gruppierungen im Rahmen der Gruppe der 77 (Afrika, Asien, Lateinamerika) aufbrachen.

Ob die Solidarität der Dritten Welt infolge sich intensivierender Interessendivergenzen zwischen Entwicklungsländern in der Zukunft stärker erodieren wird, läßt sich gegenwärtig kaum zuverlässig beurteilen; hierzu bedürfte es sicherlich noch weiterer Forschungen über die Voraussetzungen, Bedingungen und Effekte von Solidarisierungsprozessen innerhalb der Dritten Welt. Erosionserscheinungen in der Solidarität zwischen Entwicklungsländern ließen sich möglicherweise zumindest teilweise wieder korrigieren durch eine verbesserte Koordinierung unterschiedlicher Gruppierungen, Organisationen und Verhandlungsprozesse von Dritte-Welt-Ländern sowie durch ein umfassendes System von kompensatorischen Arrangements innerhalb der Süd/Süd-Beziehungen, um bestimmte Länder und/oder Ländergruppen für im Verlauf von Verhandlungen erlittene Verluste entschädigen zu können. Skeptische Beobachter bezweifeln jedoch die Dauerhaftigkeit der in den letzten Jahren beobachtbaren Solidarität der Dritten Welt<sup>56</sup>. Nach deren Auffassung werden die im Zuge der wachsenden Prozesse sozioökonomischer und politischer Differenzierung und Hierarchisierung sich unter den Entwicklungsländern herausbildenden regionalen Vormächte und Subzentren zusehends einer „Bourgeoisierung“ in der internationalen Gesellschaft unterliegen, in deren Gefolge diese Länder dann einen Ausgleich mit den Industriestaaten suchen würden, um von diesen die für ihre weitere Entwicklung dringend erforderlichen Investitionen, finanziellen Ressourcen sowie industriellen und militärischen Technologien zu erhalten. Diese begünstigten Entwicklungsländer bräuchten die Solidarität der be-

55 Vgl. hierzu Renate Platzöder, Der Beitrag der Staaten der Dritten Welt zur Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen und die Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland, in: Alfons Lemper (Hrsg.), Die III. UN-Seerechtskonferenz, München 1977, S. 34 ff. sowie Edward Miles, The structure and effects of the decision process in the Seabed Committee and the Third United Nations Conference on the Law of the Sea, in: International Organization, vol. 31, no. 2, 1977, S. 161 ff.

56 Vgl. zum folgenden Roger D. Hansen, The political economy of North-South relations: . . . , a. a. O., S. 940 ff.

nachteiligten Entwicklungsländer dabei nur so lange, bis sie von den Industrieländern vollends in den Kreis der Wohlhabenden und Privilegierten der internationalen Gesellschaft aufgenommen wären<sup>57</sup>.

#### 4. Süd/Süd-Beziehungen als wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer zur Überwindung von Unterentwicklung (= „Co-operation against Poverty-approach“)

Im Zusammenhang mit der Diskussion um eine kollektive Self-Reliance wurden in den letzten Jahren im Rahmen der Blockfreienbewegung und der Gruppe der 77 auch neue Gedanken bezüglich einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Entwicklungsländer zur Überwindung ihrer Unterentwicklung vorgetragen<sup>58</sup>. Bisher blieben derartige gemeinsame Anstrengungen von Ländern der Dritten Welt ja weitgehend auf einen engen Rahmen regionaler Kooperation/Integration begrenzt, durch den in erster Linie der Handelsaustausch zwischen benachbarten Ländern intensiviert werden sollte. In dieser Ausprägung war die Idee ökonomischer Zusammenarbeit von Entwicklungsländern weder neu noch originell und wurde von den Vereinten Nationen (UNCTAD, Regionale Wirtschaftskommissionen) seit langem ebenso wohlwollend begrüßt und unterstützt wie auch von den Industrieländern<sup>59</sup>. Die aktuellen Programme und Perspektiven der Dritten Welt hinsichtlich einer kollektiven Self-Reliance gehen jedoch davon aus, daß eine künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern weit über diesen hergebrachten regionalen Rahmen konventioneller Wirtschaftsintegration hinausgreifen und transkontinentale Reichweiten anstreben und zugleich qualitativ neue Sachbereiche umfassen muß. Über den Handelsbereich hinaus mußte sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern u. a. auch auf die Bereiche der Entwicklungsplanung, der Industrialisierungs- und Agrarpolitik, der Entwicklungsfinanzierung sowie der Information/Kommunikation und der Infrastrukturen erstrecken.

##### 4.1 Konventionelle ökonomische Regionalintegration

Bei den diesbezüglichen Programmen und Perspektiven werden allerdings die bisherigen Ansätze regionaler Kooperation/Integration durchaus mit in die Überlegungen einbezogen. Denn bis heute erfreuen sich derartige Ansätze wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern trotz gewisser unverkennbarer Stagnations- und Krisenerscheinungen gerade bei bisher als modellhaft geltenden regionalen Integrationsfällen (z. B. Andenpakt, Ostafrikanische Gemeinschaft) einer nahezu ungebrochenen Attraktivität und Popularität in der Dritten Welt. Hierauf deuten nicht zuletzt verschiedene Neugründungen (z. B. Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem/SELA, Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft/ECO-

---

57 Vgl. hierzu auch Samir Amin, *Towards a New Structural Crisis of the Capitalist System?* In: Carl G. Widstrand (ed.), *Multinational Firms in Africa*, Uppsala 1975, S. 3–25.

58 Vgl. hierzu die Dokumentation von Khushi M. Khan und Volker Matthies: *Collective Self-Reliance: Programme und Perspektiven der Dritten Welt*, München 1978 (i. V.).

59 Vgl. hierzu den Bericht der UNCTAD-Expertengruppe über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern vom Herbst 1975, TD/B/AC. 19/1.

WAS) und Neubelebungen bereits bestehender regionaler Kooperationsmuster (z. B. Regionale Zusammenarbeit in der Entwicklung/RCD, Südasiatische Staatengemeinschaft/ASEAN) hin. Gegenwärtig gehören etwa die Hälfte aller Entwicklungsländer mindestens einer der zur Zeit bestehenden ca. 30 regionalen (und funktionalen) Kooperations- und Integrationsbestrebungen in der Dritten Welt an, die sich allerdings auf vielfältige Weise (z. B. nach Mitgliederzahl, Organisationsform, Arbeitsweise, geographischer Reichweite, Lebensdauer, wirtschaftlichem Erfolg) voneinander unterscheiden<sup>60</sup>.

Die bisherigen Bemühungen um eine empirische Bestandsaufnahme und kritische Analyse derartiger regionaler Kooperations- und Integrationsansätze haben deutlich einige wesentliche Probleme und Mängel dieser traditionellen Art wirtschaftlicher Zusammenarbeit von Entwicklungsländern erkennen lassen<sup>61</sup>:

- Allzu häufig erwiesen sich Fälle regionaler Kooperation und Integration als den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen nur ungenügend angepaßt. Sie waren in der Regel nach europäischen (marktwirtschaftlichen) Vorbildern (z. B. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, neoklassisches Modell der Zollunion, Gemeinsame Märkte, Freihandelszonen) konstruiert worden. Infolge von kolonialen und wirtschaftlichen Belastungen (z. B. zu geringe arbeitsteilige Differenzierung der Ökonomien, Vorherrschen von Primärprodukten, Konkurrenzen auf dem Weltmarkt, Außenhandelsorientierung auf die Industrieländer, unzureichende Infrastrukturen, unterschiedliche Währungszonen), mangelnder Koordinierung im Bereich der Entwicklungsplanung, regionaler Ungleichgewichte (bei Wegfall von Zöllen Auswirken von Standortvorteilen, unzulängliche Ausgleichszahlungen) sowie nicht zuletzt infolge von politischen Schwierigkeiten (z. B. mangelnde innergesellschaftliche Integration, divergierende Innen- und Außenpolitiken, ökonomischer Nationalismus, Wachstumswettbewerb und Prestigedenken) stellten sich erhoffte Integrationsvorteile (wie z. B. die Ausdehnung des intraregionalen Handels, bessere Ausnutzung industrieller Kapazitäten, Spezialisierung der Produktion, ganz allgemein Beschleunigung des Industrialisierungs- und Wachstumsprozesses) häufig entweder gar nicht oder in nur geringem Maße ein oder blieben ungleichgewichtig zwischen den Kooperationspartnern verteilt.
- In zahlreichen Fällen boten Gemeinsame Märkte in der Dritten Welt (als besonders bekanntes Beispiel sei der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt/

<sup>60</sup> Vgl. für einen Gesamtüberblick Hermann Johann unter Mitarbeit von Ilse Johann, Die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen der Entwicklungsländer, München 1973, sowie die UNCTAD-Docs. TD/B/609 (vol. I und II) vom 19. Mai 1976 über „Economic Co-Operation and Integration Among Developing Countries; für einzelne Fälle und Regionen siehe z. B. Rolf J. Langhammer, Regional Integration and Cooperation in Africa: A History of Disappointments? in: *Intereconomics*, no. 9/10, 1977, S. 257–262; Edward S. Milenky, Latin America's Multilateral Diplomacy: Integration, Disintegration and Interdependence, in: *International Affairs*, Januar 1977, S. 73–96; Miguel S. Wionczek, Latin American Growth, Trade and Cooperation, in: Vierteljahresberichte, Nr. 68, 1977, S. 107–118; Mariano Fernandez, Pragmatismus und stille Arbeit. SELA-Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Nr. 6, 1977, S. 7; Sven Heldt, The Decay of the Andean Group, in: *Intereconomics*, no. 34/, 1977, S. 72–78; Michael Leifer, The ASEAN States and the Progress of Regional Cooperation in South-East Asia, in: Bernhard Dahm und Werner Draguhn (eds.), *Politics, Society and Economy in the ASEAN States*, Wiesbaden 1975, S. 3–16; Jürgen Dauth, ASEAN-Zone des Friedens und des wirtschaftlichen Ausgleichs, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, April 1977, S. 14–15; Rolf-Roger Hoepfner, Wohin steuert RCD Iran, Pakistan, Türkei, in: *Außenpolitik*, H. 2, 1977, S. 227–235; Fawzi Saadeddin, Integrationsansätze im arabischen Raum und ihre mögliche Weiterentwicklung, in: Mitteilungen des Verbundes Stiftung Deutsches Übersee-Institut, III. Quartal, Hamburg 1977, S. 21–26.

<sup>61</sup> Vgl. hierzu W. Andrew Axline, Underdevelopment, dependence and integration: the politics of regionalism in the Third World, in: *International Organization*, vol. 31, no. 1, 1977, S. 83–105; Peter Bosse, Regionale Integration, in: *epd-Entwicklungspolitik*, H. 4/5, 1977, S. 13–16; K. Grimm und D. Kerschull, Exportsteigerung durch vermehrten Handel zwischen den Entwicklungsländern, in: *Entwicklungspolitik*, Materialien Nr. 58, Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim BMZ zur Entwicklungspolitik II, Bonn, Juni 1977, S. 48–51; Alexander Kodatschenko, Sand im Getriebe der regionalen Zusammenarbeit, in: *Forum Vereinte Nationen*, Oktober 1977, S. 5 f.

CACM genannt) einen willkommenen und günstigen Ansatzpunkt für eine wirtschaftliche Penetration durch multinationale Konzerne. Die Aufhebung von tarifären Hindernissen und die Liberalisierung von nichttarifären Restriktionen zogen verständlicherweise in starkem Maße ausländisches Privatkapital an. Die oftmals zu beobachtende Ausweitung des Handelsaustausches innerhalb solcher Gemeinsamer Märkte kam dabei häufig eher den ausländischen Konzernen zugute als den teilnehmenden Entwicklungsländern.

- Als notwendige Voraussetzungen und Bedingungen erfolgreicher regionaler Wirtschaftsintegration in der Dritten Welt gelten im wirtschaftlichen Bereich eine hohe Komplexität der Integrationsstrategie, die sich nicht allein auf handels- und zollpolitische Maßnahmen beschränken darf, sondern darüber hinaus ergänzende wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen muß wie z. B. die Koordinierung der Entwicklungsplanung, die Harmonisierung der Industrialisierungspolitik und die Abstimmung der Infrastruktur- und Währungspolitik. Im politischen Bereich scheinen ein hohes Maß an innen- und außenpolitischer Übereinstimmung vonnöten zu sein, ein hoher Grad an innergesellschaftlicher Integration, die Schaffung von Mechanismen zur angemessenen Verteilung der Kosten und des Nutzens von Integration (kompensatorische Arrangements zur Korrektur ungleichgewichtiger Wachstumsprozesse) sowie nicht zuletzt der Aufbau von gemeinsamer Verhandlungsmacht gegenüber ausländischem Privatkapital und Multinationalen Konzernen.

#### 4.2 Neuansätze überregionaler ökonomischer Kooperation

Über diese genannten Formen regionaler Kooperation/Integration hinausgreifende Konzepte einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern wurden in den letzten Jahren auf verschiedenen großen Konferenzen der Dritten Welt (u. a. 5. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Colombo 1976 und Konferenz der Gruppe der 77 über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern in Mexiko-City 1976) erörtert und seitdem zum Teil bereits in ersten Ansätzen einer Verwirklichung nähergebracht<sup>62</sup>; so z. B. die Errichtung eines umfassenden Systems von Handelspräferenzen zwischen Entwicklungsländern auf subregionaler, regionaler und zwischenregionaler Ebene, die Etablierung eines Rates der Produzentenvereinigungen von Entwicklungsländern, die Schaffung einer eigenen Entwicklungsbank und eines eigenen Währungssystems der Dritten Welt sowie die Gründung von gemeinsamen Unternehmungen („Joint Ventures“) der Entwicklungsländer z. B. in den Bereichen der Industrie- und Agrarproduktion, des Transports und des Handels. Darüber hinaus wurde eine engere Zusammenarbeit der Entwicklungsländer auf den Gebieten der Wissenschaft, Forschung, Technik, Erziehung und Ausbildung propagiert sowie die Einrichtung eines gemeinsamen Informations-Pools<sup>63</sup> und dreier gemeinsamer Informations-Zentren beschlossen („International Center of Public Enterprises in Developing Countries“ in

<sup>62</sup> Vgl. hierzu Report of the Conference on Economic Co-Operation Among Developing Countries, held at the Conference Centre, Ministry of Foreign Affairs, Mexiko City, 13–22 September 1976, Doc. 77/COOP/CMEX/12, 28 September 1976 (vol. I: Decisions of the Conference and Account of Proceedings).

<sup>63</sup> Vgl. hierzu epd-Entwicklungspolitik, Dokumentation 3/77: Dominanz-Dependenz in den internationalen Kommunikationsstrukturen; Development Dialogue, no. 2, 1976: Information and the New International Order; Peter Enahoro, Ein Nachrichten-Pool der Blockfreien, in: Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 12, 1976, S. 5/6.



Ljubljana/Jugoslawien, „Center for Economic and Social Studies of the Third World“ in Mexiko-City und „Center for Science and Technology for Developing Countries“ in Lima/Peru). Spezialstudien von UNCTAD-Experten untermauerten diese Programme und Perspektiven der Dritten Welt, vor allem bezüglich einer empirischen Bestandsaufnahme bereits bestehender „Joint Ventures“ von Entwicklungsländern<sup>64</sup>. Im Hinblick auf eine mögliche Verwirklichung neuartiger Muster wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ländern der Dritten Welt boten sowohl die regionalen UN-Wirtschaftskommissionen als auch die UNCTAD ihre Hilfestellung an<sup>65</sup>. Im Gefolge der Konferenz der Gruppe der 77 in Mexiko-City etablierte die UNCTAD bereits im Februar 1977 ein neues „Committee on Economic Co-Operation among Developing Countries“, das sich speziell und detailliert den Problemen wirtschaftlicher Zusammenarbeit innerhalb der Dritten Welt widmen soll<sup>66</sup>. Darüber hinaus wäre in diesem Zusammenhang auch auf verstärkte Aktivitäten und Initiativen im Bereich der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern hinzuweisen, wie sie neuerdings insbesondere von dem „United Nations Development Programme“ (UNDP) betrieben und gefördert werden (z. B. Aufbau eines Dokumentations- und Informationssystems über technische Kapazitäten von Entwicklungsländern hinsichtlich bi- und multilateraler Programme und Projekte technischer Zusammenarbeit sowie des Austausches von Experten, Know-how und Technologie)<sup>67</sup>. Auf einer großen vom UNDP organisierten Konferenz im Sommer 1978 in Buenos Aires sollen diese Neuansätze technischer Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern wohl schärfere Konturen annehmen.

Im Bereich der Entwicklungsfinanzierung und -kooperation von Entwicklungsländern wäre abschließend in einem regionalen Rahmen insbesondere die sich seit 1973/74 intensivierende afro-arabische Zusammenarbeit hervorzuheben (Konferenzen von Dakar 1976 und Kairo 1977, „Arab Bank for Economic Development in Africa“, „Arab Loan Fund for Africa“), innerhalb derer sich vor allem die bilaterale Kooperation zwischen dem Sudan und Saudi-Arabien von Bedeutung erweisen könnte<sup>68</sup>. Arabisches Kapital und der Reichtum Afrikas an

64 Siehe hierzu den Überblick in UNCTAD Doc. TD/B/AC. 19/1, Annex II (u. a. Joint Ventures among Latin American countries, Joint ventures among African countries, Import co-operation among developing countries, Joint ventures among Arab countries, Monetary co-operation among developing countries, Joint ventures among developing Asian countries, Preferences for mutual trade among developing countries, Joint ventures among Arab countries, Monetary co-operation among developing countries).

65 Vgl. hierzu die Rede von Enrique V. Iglesias, Executive Secretary of ECLA, on behalf of the Regional Economic Commissions of the United Nations (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA), Doc. 77/COOP/CMEX/12, Annex VIII.

66 Vgl. hierzu Gamani Corea, UNCTAD and the New International Economic Order, in: *International Affairs*, vol. 53, no. 2, April 1977, S. 184 f. sowie UNCTAD Press Release, UNCTAD Programme on Economic Co-Operation among Developing Countries Established, TAD, INF/876, Genf, 9. Mai 1977.

67 Vgl. hierzu Report of the Preparatory Committee for the United Nations Conference on Technical Co-Operation Among Developing Countries, vol. 1, General Assembly, Official Records: Thirty-Second Session, Supplement No. 42 (A/32/42), United Nations, New York, 1977; Bradford Morse, South-South Technical Cooperation, Collective Self-reliance and the UNDP, in: *development dialogue*, Nr. 1, 1977, S. 101–103; ders., Technische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer, in: *Forum Vereinte Nationen*, März–April 1977, S. IV; Ursula Bell, Süd-Süd-Dialog soll die Entwicklungsländer vom Norden unabhängiger machen, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Nr. 5, 1977, S. 7; K. S. Jayaraman, Die Dritte Welt hilft sich selbst, in: *Forum Vereinte Nationen*, Januar–Februar 1976, S. 5/6; I. G. Patel, Technical Co-operation among Developing Countries: An Asian Perspective, in: *focus: Technical Cooperation*, no. 2, 1976, S. 3–6.

68 Siehe hierzu z. B. Arnold Raphael, Arab aid to Africa, in: *African Development*, vol. 9, no. 5, 1975, S. 24–27; E. C. Chibwe, Arab Dollars for Africa, London 1976; Samir M. Zoghby, Arab-African Relations 1973–1975: A Guide, Washington: Library of Congress, 1976; Aziz Alkazaz, Arabische Entwicklungshilfe-Institutionen, Organisationsform und Leistungen, Hamburg 1977; UNCTAD Doc. TD/B/AC. 19/ R. 8 und Add. 1 und Add. 2 (Financial co-operation between OPEC and other developing countries-Report by the UNCTAD secretariat); Rainer Tetzlaff und Karl Wohlmuth, Handlungsspielräume im unterentwickelten Agrarland Sudan: Möglichkeiten und Grenzen einer emanzipatorischen Entwicklungsstrategie auf der politischen Grundlage panarabischer Entwicklungskooperation (=Forschungsprojekt der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung/DGFK), Hamburg und Bremen, 24. April 1977.

Land, Rohstoffen und Arbeitskraft sollen hier konstruktiv miteinander verbunden werden und die Grundlage für eine afro-arabische Strategie zur Überwindung von Unterentwicklung abgeben.

## **5. Kollektive Self-Reliance als höchstes Stadium quantitativ und qualitativ neuer Süd/Süd-Beziehungen**

Kollektive Self-Reliance existiert in den realen Beziehungen zwischen Entwicklungsländern bisher nicht, sondern nur in den Konzepten, Strategien und Theorien von Dritte-Welt-Politikern und Forschern aus armen und reichen Ländern. Allenfalls ließen sich in einigen Aspekten gegenwärtiger Süd/Süd-Beziehungen gewisse Vorformen einer möglichen späteren kollektiven Self-Reliance der Dritten Welt erkennen. Kollektive Self-Reliance kann letztlich nur durch eine langfristig zu bewerkstelligende, grundlegende quantitative und qualitative Veränderung heutiger Süd/Süd-Beziehungen erreicht werden: durch eine massive Verdichtung der horizontalen politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Inter- und Transaktionen von Entwicklungsländern auf der Basis einer neuen Arbeitsteilung innerhalb der Dritten Welt, welche die überkommenen asymmetrischen und dependenten Beziehungen der Entwicklungsländer zu den Industriestaaten graduell abbaut und durch mehr symmetrische und interdependente Beziehungsmuster zwischen Entwicklungsländern ausgleicht. Die mit einer solchen Restrukturierung der Internationalen Beziehungen (Schwächung der Nord/Süd-Beziehungen, Stärkung der Süd/Süd- und Nord/Nord-Beziehungen) verbundene Regionalisierung und Subregionalisierung der internationalen Ökonomie würde dabei nicht mehr wie früher als Mittel zur optimalen Beherrschung überseeischer Räume durch die Industrieländer und deren multinationalen Konzerne instrumentalisiert werden können, sondern den Rahmen für eine konzentrierte und koordinierte Anstrengung zur Überwindung von Unterentwicklung sowie zur Abstützung „autozentrierter“ bzw. „andersartiger“ Entwicklungsprozesse abgeben. Soweit zur Theorie kollektiver Self-Reliance.

### **5.1 Zur Strategie kollektiver Self-Reliance**

Doch auf welche Weise sollten und könnten die bisherigen Süd/Süd-Beziehungen in Richtung auf einen Zustand kollektiver Self-Reliance hin fortentwickelt werden? Zur Klärung dieser Frage bedarf es offensichtlich einer Reihe von strategisch-taktischen Überlegungen, in die z. B. Fragen der Fristigkeit, der Prioritätensetzung und der Antizipation möglicher Hindernisse eingehen müßten. Zunächst sind sich die Befürworter einer Strategie kollektiver Self-Reliance weitgehend darin einig, daß die beiden zentralen Aktionsbereiche kollektiver Self-Reliance, die Organisation und Solidarisierung der Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten sowie die wirtschaftliche-technische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer zur Überwindung von Unterentwicklung, systematisch und zielstrebig weiter ausgebaut werden sollten. Saigal und andere Forscher unterscheiden sodann weiter zwischen mehr kurzfristigen und mehr langfristigen Aspekten einer Strategie kollektiver Self-Reliance<sup>69</sup>. Kurzfristig gesehen stünde demnach der Aspekt der Organisation

---

<sup>69</sup> Vgl. stellvertretend Jagdish C. Saigal, *Emerging New International Division of Labour and Economic Liberation of the Third World*, in: MARGA, vol. 3, no. 3, 1976, S. 55–74.

und Solidarisierung der Dritten Welt gegenüber den Industrieländern im Vordergrund, um Gegenmacht aufzubauen und Prozesse individueller Self-Reliance gegenüber Gefährdungen von Seiten der Industrieländer und multinationalen Konzerne abzusichern. Als prioritäre Themen könnten in diesem Aktionsbereich beispielsweise die Rohstoff- und Verschuldungsproblematik, der finanzielle Ressourcen- und Technologietransfer sowie ganz allgemein die Mitbestimmung der Entwicklungsländer in internationalen Organisationen und Einrichtungen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds gelten.

Von längerfristiger und grundlegender Bedeutung wäre allerdings die Stärkung der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Entwicklungsländer zur Überwindung von Unterentwicklung. Hier sollte nach Auffassung verschiedener Dritte-Welt-Forscher möglichst bald über das bisherige Stadium relativ globaler, mehr oder weniger unverbindlicher Resolutionen und Absichtserklärungen hinausgegangen und prioritäre, implementierungsreife Programme und Projekte möglicher Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern identifiziert und ausgewählt werden. Als Orientierungshilfe für eine solche Selektionsstrategie schlagen beispielsweise Saigal eine „Third World Charter for Economic Solidarity and Co-Operation“<sup>70</sup> und Samir Amin ein „7-Punkte-Programm“<sup>71</sup> vor, die u. a. folgende Elemente enthalten: die Schaffung eines Systems allgemeiner Handlungspräferenzen für Entwicklungsländer, eines Währungssystems der Dritten Welt sowie gemeinsamer Unternehmungen („Joint Ventures“) der Entwicklungsländer, insbesondere im Bereich von Agrar- und Industrieproduktion. Hohe Priorität wird der Erzielung einer Selbstversorgung der Dritten Welt mit Nahrungsmitteln eingeräumt. Im Bereich der Industrie- und Agrarentwicklung sollte auf der Basis gemeinsamer Investitionen von Entwicklungsländern eine regionale und subregionale Spezialisierung erfolgen, um komparative Vorteile (z. B. Ressourcen, Geographie, Klima) optimal ausnutzen zu können. Bei den diesbezüglichen Planungen müßte jedoch die Problematik der wachsenden Differenzierung der Dritten Welt nach unterschiedlichen sozio-ökonomischen Entwicklungsniveaus und Interessenlagen angemessen mit berücksichtigt werden, und im Hinblick auf die spezifischen Probleme besonders benachteiligter Entwicklungsländer wären wohl spezielle Schutz- und Kompensationsmaßnahmen zu erwägen<sup>72</sup>. Zur Klärung dieser und weiterer Fragen und Probleme scheinen offenbar noch eine Reihe von Forschungsvorhaben bezüglich der sektoralen und/oder regionalen Möglichkeiten und Grenzen einer verstärkten wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit von Entwicklungsländern im Kontext von kollektiver Self-Reliance erforderlich zu sein<sup>73</sup>.

70 Vgl. Jagdish C. Saigal, a. a. O., S. 66 ff.

71 Vgl. Samir Amin, Sept propositions pour le Tiers monde, in: Jeune Afrique, no. 801, 14. Mai 1976, S. 40–41.

72 Vgl. den Bericht der UNCTAD-Expertengruppe über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern vom Herbst 1975 (TD/B/AC. 19/1), S. 6.

73 Vgl. allgemein zur Rolle der Forschung im Rahmen einer Strategie kollektiver Self-Reliance D. L. O. Mendis, Science, Technology and the Liberation of the Third World, in: MARGA, vol. 3, no. 3, 1976, S. 75–88 sowie die Überlegungen des Forums Dritte Welt in Kushi M. Khan und Volker Matthies (Hrsg.), „Hilfswissenschaft“ für die Dritte Welt oder „Wissenschaftsimperialismus“? München 1976, S. 379 ff. Vgl. auch die künftigen konkreten Forschungsvorhaben des Forums Dritte Welt (z. B. kurzfristig: über Rohstoffe, Export von Fertigwaren, Monetäre Fragen/langfristig: über internationale Machtstrukturen und Arbeitsteilung, Erziehung, Technologie und Massenkommunikation, nationale Macht- und Klassenstrukturen) in: Development Dialogue, no. 1, 1976, S. 127; vgl. auch die auf dem Pugwash-Symposium in Dar-es-Salaam 1975 vorgelegten Papiere von A. R. Sidky, Cooperation among developing countries for furthering self-reliance in food and agricultural development und von F. R. Sagasti, Notes on Technological self-reliance and cooperation among developing third world countries; Dieter Senghaas hat insbesondere an die wissenschaftliche Fruchtbarkeit der Bemühungen um eine Vermittlung von Integrations- und Raumwirtschaftstheorie erinnert, wie sie von Andreas Predöhl und seinen Schülern unternommen worden sind, siehe z. B. den diesbezüglichen Beitrag von Jürgen Harborth in dem Band von

## 5.2. Restriktionen für eine Strategie kollektiver Self-Reliance

Eine große Bedeutung käme über diese Klärung mehr ökonomischer Fragen hinaus auch einer Erforschung der außerordentlich wichtigen politischen Voraussetzungen und Bedingungen einer Strategie kollektiver Self-Reliance zu<sup>74</sup>. Denn gerade im politischen Bereich gibt es offenbar eine Reihe von Faktoren, die leicht zu Restriktionen für eine solche Strategie werden könnten, so z. B.

- die mangelnde Rückkoppelung der kollektiven Self-Reliance mit der individuellen Self-Reliance. Die erheblichen ökonomischen und politischen Anforderungen einer Strategie individueller Self-Reliance (Dissoziation von Weltmarkt, Konzentration auf den Binnenmarkt, Massenmobilisierung und breite politische Partizipation, Befriedigung von Grundbedürfnissen)<sup>75</sup> lassen es als fraglich erscheinen, ob eine Strategie der kollektiven Self-Reliance in dem eigentlich erforderlichen Ausmaß durch eine Strategie der individuellen Self-Reliance abgestützt würde. Die Widerstände, die von seiten der Industriestaaten und zahlreicher Herrschaftseliten der Entwicklungsländer einer „autozentrierten“ bzw. „andersartigen“ Entwicklung bisher entgegengebracht wurden sowie die geringe Zahl von Dritte-Welt-Ländern, die den Weg zu einer solchen Entwicklung hin besritten haben, lassen die Vermutung zu, daß Versuche zur Schaffung einer kollektiven Self-Reliance dem Bemühen um eine individuelle Self-Reliance eher vorangehen als nachfolgen würden. Dabei könnte es sich dann allerdings nicht mehr um eine genuine kollektive Self-Reliance (auf der Grundlage von individueller Self-Reliance) handeln. Dieses Problem führt weiter hin zu der Frage nach den möglichen
- sozialen Trägern einer Strategie (individueller und) kollektiver Self-Reliance. Welche sozialen und politischen Gruppierungen hätten denn den Willen und die Fähigkeit, diese Strategien zu initiieren und anzuwenden<sup>76</sup>? Zahlreiche herrschende Elitegruppen in der Dritten Welt scheinen kaum ein Interesse daran zu haben, durch eine Politik der Self-Reliance ihre derzeitigen Machtbasen und Privilegien zu gefährden. Doch selbst reformistisch orientierte Eliten, die zu einer graduellen sozialen Transformation ihrer Gesellschaften bereit wären, sind — abgesehen von den ökonomischen Problemen einer solchen Strategie — nicht selten zu eng an Industrieländer-Interessen gebunden, um eine konsequente Politik der Dissoziation und Self-Reliance wagen zu können und revolutionäre Gegen-Eliten sind in den meisten Ländern der Dritten Welt kaum in Sicht. Allenfalls durch eine kombinierte horizontale und vertikale Druckausübung von außen (durch revolutionäre/reformistische Eliten anderer Entwicklungsländer) und von innen (durch revolutionäre/reformistische Bestrebungen im Entwicklungsland selbst) könnten unter günstigen internationalen Bedingungen reformfeindliche und konservative Elitegruppen zu gewis-

---

Winfried von Urff (Hrsg.), *Integration der Entwicklungsländer in eine instabile Weltwirtschaft*, Berlin 1976; für eine regionale Fallstudie über die Möglichkeiten und Grenzen kollektiver Self-Reliance siehe beispielsweise Rainer Tetzlaff und Karl Wohlmuth, *Handlungsspielräume im unterentwickelten Agrarland Sudan: Möglichkeiten und Grenzen einer emanzipatorischen Entwicklungsstrategie auf der politischen Grundlage panarabischer Entwicklungskooperation*, Hamburg und Bremen, 24. April 1977 (= DGFK-Projekt).

<sup>74</sup> Vgl. hierzu besonders die Ausführungen von Enrique Oteiza, *An Annotated Agenda for the discussion on Collective Self-Reliance*, in: *Liaison Bulletin der OECD*, no. 1, 1977, S. 63 ff.

<sup>75</sup> Siehe hierzu Dieter Senghaas, *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Plädoyer für Dissoziation*, Frankfurt/Main 1977, S. 265 ff.

<sup>76</sup> Vgl. zu dieser Fragestellung Enrique Oteiza und Francisco Sercovich, *Collective Self-Reliance: selected issues*, in: *International Social Science Journal*, vol. xxviii, no. 4, 1976, S. 670.

sen gesellschaftspolitischen Zugeständnissen bewegt werden<sup>77</sup>. Eine Strategie kollektiver Self-Reliance jedoch wäre für all diese Eliten durchaus akzeptabel, denn sie könnte eine Stärkung der Macht dieser Eliten zur Folge haben, ohne daß diese dabei eine gravierende Veränderung interner Herrschaftsverhältnisse betreiben müßten. Durch eine gemeinsame Frontstellung der Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten und über eine verstärkte Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander könnten die Eliten der Dritten Welt dabei Herrschaftslegitimation gewinnen, innergesellschaftliche Spannungen nach außen ablenken sowie zusätzliche materielle Ressourcen zur Dämpfung des anwachsenden sozio-ökonomischen Massendrucks in ihren Gesellschaften erwerben<sup>78</sup>. Ein elementares Postulat der Strategie kollektiver Self-Reliance bliebe dann allerdings unerfüllt: die Massenmobilisierung, die politische Partizipation der Bevölkerung sowie die prioritäre Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse.

- Doch nicht nur von seiten zahlreicher Eliten der Dritten Welt droht dem Konzept der kollektiven Self-Reliance Mißbrauch, sondern auch durch die sich innerhalb der Dritten Welt ausbildenden regionalen Vormächte bzw. Subzentren. Denn diese könnten zunehmend geneigt sein, die Strategie kollektiver Self-Reliance als willkommenen Deckmantel zur Beherrschung und Instrumentalisierung neuartiger Organisationen und Kooperationsformen der Dritten Welt zu benutzen. Die bereits heute konstatierbaren Tendenzen zu einer wachsenden Asymmetrie innerhalb der Süd/Süd-Beziehungen lassen derartige Befürchtungen hinsichtlich neuer Herrschaft- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Entwicklungsländern für die Zukunft als durchaus realistisch erscheinen.
- Ein weiteres Problem bezieht sich auf die möglichen Spannungen, die sich aus dem Widerspruch zwischen dem Konzept einer dissoziativen Strategie kollektiver Self-Reliance und dem gleichzeitigen Bemühen um eine integrative Neue Weltwirtschaftsordnung ergeben könnten. Welches Ausmaß an Herauslösung aus dem gegebenen Weltwirtschaftssystem und welcher Grad an selektiver Kooperation mit den Industrieländern in welchen Bereichen wären realiter nötig und vor allem auch möglich, um einen Zustand kollektiver Self-Reliance zu erreichen, der diese Bezeichnung auch wirklich verdienen würde. Die Beantwortung dieser Frage scheint weitgehend von der Reichweite und Radikalität einer Reformierung des überkommenen Weltwirtschaftssystems und der je konkret-historischen politisch-ökonomischen Optionsmöglichkeiten einzelner Länder und Ländergruppen der Dritten Welt abhängig zu sein. Sie ist damit aber zugleich auch eine Funktion der künftigen Bereitschaft und Fähigkeit der Entwicklungsländer zur gemeinschaftlichen Zusammenarbeit, Organisierung, Solidarisierung und Konfliktaustragung. Wie jedoch oben bereits gezeigt wurde, gelten die derzeitige Organisation der Dritten Welt als weithin unzureichend, das Machtpotential der Dritten Welt als — wenn auch umstrittenerweise — relativ gering und die Solidarität der Dritten Welt als zumindest künftig gefährdet<sup>79</sup>.

77 Vgl. hierzu Peter Pawelka, Vereinte Nationen und strukturelle Gewalt, a. a. O., S. 50/51.

78 Vgl. z. B. Dieter Senghaas, Weltwirtschaftsordnung . . . , a. a. O., S. 205 ff.; Rainer Tetzlaff, Ein Wendepunkt in der internationalen Entwicklungsdiskussion? Kritische Anmerkungen zum „Dag-Hammarskjöld-Bericht 1975“, in: Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 4, 1977, S. 204 ff.; Manfred Nitsch, Latin America in the Third World, a. a. O., S. 99 ff.

79 Peter T. Baur, Collective Self-Reliance as Development Strategy, in: Intereconomics, no. 5/6, 1977,



All diese möglichen Restriktionen wären in eine realistische Strategieplanung kollektiver Self-Reliance einzubeziehen. Die Süd/Süd-Beziehungen werden sich in der Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit weiter verdichten, und zwar sowohl im Sinne einer verstärkten Organisierung und Solidarisierung der Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten als auch im Sinne einer intensivierten wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit dieser Länder untereinander. Ob sich als Folge dieser Verdichtung allerdings Strukturen und Formen kollektiver Self-Reliance herausbilden werden, muß die Zukunft erst noch erweisen.

#### MATERIALIEN ZU ENTWICKLUNG UND POLITIK NR. 14

Mohammed  
Saeed Chaudhry

### DER KASCHMIRKONFLIKT

Seine Ursachen, sein Wesen sowie Rolle und Bemühungen der Vereinten Nationen. 3 Bände. XXXV/1444 Seiten, DM 156,—

»Angesichts der Reaktualisierung des Kaschmirproblems ist auf die soeben veröffentlichte umfangreiche und eingehende Forschungsarbeit von M. S. Chaudhry hinzuweisen. *Erstmals im deutschen Sprachraum, in dieser Gründlichkeit aber auch einzigartig in der internationalen wissenschaftlichen Literatur*, werden hier die Ursachen, der Verlauf und die weltweiten Zusammenhänge dieser Krise dargestellt, wird eine Fülle dokumentarischen Materials eingearbeitet, die das Werk zum Handbuch und zur Quellensammlung zugleich werden läßt.

Der Verfasser, als Pakistani mit den Problemen des südostasiatischen Raumes ebenso vertraut wie durch langjährige wissenschaftliche Studien in der Bundesrepublik Deutschland in die Forschung eingearbeitet, schöpft in seiner Darstellung unmittelbar aus der Primärliteratur – vor allem aus Sitzungsprotokollen des Welticherheitsrats und zahlreichen Berichten der Vereinten Nationen –, die er minutiös interpretiert und durch Erfahrungen aus persönlichen Interviews ergänzt. Insbesondere geht die Arbeit, die sich zunächst der historischen Genese, den sozialen und ideologischen Bedingungen, dann der Entwicklung und politischen Behandlung des Problems widmet, auf die Rolle der Vereinten Nationen ein und deren Versuche, in den Kaschmirkonflikt schlichtend einzugreifen. Dabei werden an diesem exemplarischen Fall in besonderer Eindringlichkeit die Möglichkeiten und Grenzen der UN bei der Schlichtung und Lösung internationaler Konflikte evident.

Begrüßenswert ist insbesondere auch, daß die Studie bis auf den neuesten Stand wissenschaftlicher und politischer Aktualität weitergeführt wurde.«

*Süddeutsche Zeitung, München*

WELTFORUM VERLAG · TINTORETTOSTRASSE 1 · 8000 MÜNCHEN 19 (GFR)

S. 125 schätzt daher die Chancen einer Strategie kollektiver Self-Reliance äußerst skeptisch ein: für ihn kann kollektive Self-Reliance nur soweit zustandekommen, wie es die Industrieländer zulassen werden. Manfred Nitsch, *Latin America in the Third World*, a. a. O., S. 11, mag beispielsweise nicht ausschließen, daß Lateinamerika unter bestimmten Umständen in der Zukunft einmal gänzlich aus der Front der „Dritten Welt“ ausschert, um eine eigene politische Identität anzustreben und/oder ein Arrangement mit den Industrieländern zu suchen.

## SUMMARY

### Süd/Süd-Beziehungen und kollektive „Self-Reliance“

VOLKER MATTHIES

Traditionally, examinations of the international relations of the LDC's have focussed on influences that can be attributed generally as originating in the developed countries. In fact, relatively few scholarly analyses of inter-LDC relations have been undertaken. Since South-South-relations have grown appreciably in recent years and a comprehensive set of common principles and convictions has emerged in the group of nonaligned countries and in the group of 77 (New International Economic Order, Self-Reliance), however, it is important to undertake more research in this field. In their search for solutions to their economic problems, the LDC's embraced the concept of individual and collective self-reliance. Self Reliance, as an alternative development model, requires in its collective dimensions that the political, economic, and socio-cultural structures created to link colonies to metropolitan countries in a status of dependency and asymmetry be altered to link developing countries to one another in a status of interdependence and symmetry. The formulation of the concept of collective self-reliance took place in the nonaligned movement, drawing on work done by the group of 77 and by UNCTAD. This article describes the growing South-South-relationship, looks at the new emerging patterns of political and economic co-operation among developing countries and discusses the concept of collective self-reliance in the Third World context.